

Schenkel, Andreas

Working Paper

Bankenregulierung und Bürokratiekosten: Ein Problemaufriss

Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, No. 152

Provided in Cooperation with:

Universität Münster, Institut für Genossenschaftswesen (IfG)

Suggested Citation: Schenkel, Andreas (2015) : Bankenregulierung und Bürokratiekosten: Ein Problemaufriss, Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, No. 152, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Genossenschaftswesen (IfG), Münster

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/110357>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ARBEITSPAPIERE
des Instituts für Genossenschaftswesen
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Bankenregulierung und Bürokratiekosten

-

Ein Problemaufriss

von Andreas Schenkel

Nr. 152 ▪ Mai 2015

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Genossenschaftswesen
Am Stadtgraben 9 ▪ D-48143 Münster
Tel. ++49 (0) 2 51/83-2 28 01 ▪ Fax ++49 (0) 2 51/83-2 28 04
info@ifg-muenster.de ▪ www.ifg-muenster.de

Vorwort

Es gibt gute und ökonomisch fundierte Begründungen für die Regulierung der Aktivitäten von Unternehmen, selbstverständlich auch von Banken. Die Einschränkung ihrer einzelwirtschaftlichen Freiheitsgrade soll von ihren Aktivitäten negativ betroffene Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern schützen und die Wohlfahrt insgesamt erhöhen. Doch für die von der Regulierung betroffenen Unternehmen sind damit Regulierungskosten verbunden. Dies sind einerseits die entgangenen Erträge, die jedoch als Ergebnis eines akzeptierten Gesellschaftsvertrages eingeschätzt werden können. Andererseits sind von den Unternehmen die Kosten der Umsetzung der Regulierung ebenso zu tragen wie ggf. die Kosten einer falschen Regulierung. Während erstere als Transaktionskosten einzuschätzen sind, sind letztere zu den Wohlfahrtskosten zu zählen. Nun gilt es zu klären, ob und in welchem Ausmaß Regulierungskosten gleichzeitig Bürokratiekosten sind. Jene sind nicht nur wegen ihrer Eigendynamik stringent unter Beobachtung zu halten, sondern auch weil ihnen häufig keine positiven Effekte gegenzurechnen sind.

Dies ist der Hintergrund für das Arbeitspapier von IfG-Mitarbeiter Andreas Schenkel. In diesem stellt er einen ersten Problemaufriss für die Bürokratiekosten der Bankenregulierung vor. Nicht überraschend unterscheiden sich einzelne Definitionen und Abgrenzungen von Regulierungs- und Bürokratiekosten. Mit diesen Abgrenzungsfragen setzt sich Herr Schenkel ebenso auseinander wie mit einem Rückblick in die ökonomische Bürokratiekostenmessung und einer Vorstellung der Erhebungsmodalitäten. Ein Literaturüberblick sowie eine Studie mit einem Quantifizierungsversuch für die Bürokratiekosten deutscher Banken ergänzen seine Überlegungen. Das Arbeitspapier fasst erste Überlegungen für ein größeres Projekt zusammen und ist Teil des „IfG-Forschungscluster III: Genossenschaftsstrategische Fragen“. Kommentare und Anregungen sind herzlich willkommen.



Univ.-Prof. Dr. Theresia Theurl

Zusammenfassung

Die in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise kontinuierlich steigenden regulatorischen Anforderungen an die Kreditwirtschaft resultieren in einer erhöhten Kostenbelastung durch die Implementierung und laufende Erfüllung zusätzlicher Bestimmungen. Da bürokratischen Anforderungen weitestgehend unabhängig von der Bankgröße umgesetzt werden müssen, ergibt sich ein regressiver Kostenverlauf, der dazu führt, dass kleinere und mittlere Banken überproportional stark belastet werden. Dies gilt insbesondere für die regional verankerten Genossenschaftsbanken.

Im vorliegenden Arbeitspapier erfolgt eine Aufarbeitung der verschiedenen Arten von Regulierungskosten, mit Schwerpunktlegung auf Bürokratiekosten. Ebenso werden die Notwendigkeit und die Zielsetzung der ökonomischen Bürokratiekostenmessung sowie die vorliegenden Messmethoden erläutert. Anschließend wird mit Hilfe eines Literaturüberblicks aufgezeigt, welche Quantifizierungsmethoden in der wissenschaftlichen Anwendung relevant sind und welche weiteren inhaltlichen Problemstellungen sich aus Bürokratiekosten und ihrer Quantifizierung ergeben.

Abstract

In the aftermath of the worldwide financial crisis, the regulatory requirements for financial institutes increased and therefore, the start-up and ongoing costs of compliance rose. Banks have to comply with regulatory measures, largely without regard to the size of an institute. Thus, compliance costs are regarded as being regressive, with an unproportionally high burden for small and medium size banks. This applies in particular for cooperative banks.

The following working paper develops a reappraisal of the various types of regulatory costs, with emphasis on compliance costs. Additionally, the necessity of economic compliance cost measuring and their objective are discussed. The paper uses a literature study to evaluate which methods to quantify compliance costs are relevant for scientific use. Moreover, further substantive issues arising from compliance costs and their quantification are presented.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Zusammenfassung	II
Abstract	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis.....	IV
Tabellenverzeichnis.....	IV
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
1 Einleitung.....	1
2 Bankenregulierung als Betrachtungsobjekt.....	3
2.1 Theoretische Begründung von Bankenregulierung	4
2.2 Instrumente staatlicher Bankenregulierung	6
3 Regulierungskosten und Bürokratiekostenforschung.....	7
3.1 Definition und Charakteristika von Regulierungskosten	8
3.2 Zielsetzung der Bürokratiekostenforschung und historischer Rückblick	11
3.3 Methoden der Bürokratiekostenmessung	13
4 Literaturüberblick.....	16
4.1 Vorgehensweise	16
4.2 Systematische Literaturanalyse.....	17
4.2.1 Systematisierungsrahmen	17
4.2.2 Analyseergebnisse.....	18
4.3 Inhaltliche Literaturanalyse.....	23
4.4 Studie der IW CONSULT GMBH (2006).....	25
5 Fazit.....	27
Literaturverzeichnis	29

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Regulierungskosten	9
Abb. 2: Erscheinungsjahr (n=13)	19
Abb. 3: Studientyp (n=13)	20
Abb. 4: Erhebungsmodalität (n=15), zwei Doppelnennungen	21

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Systematisierungsrahmen	18
Tab. 2: Literaturübersicht	22

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AUS	Australien
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
DE	Deutschland
EU	Europäische Union
EUR	Euro
IND	Indien
IT	Informationstechnologie
ITA	Italien
Mrd.	Milliarden
NKRG	Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates
NL	Niederlande
SKM	Standardkosten-Modell
Tab.	Tabelle
UK	United Kingdom / Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland
USA	United States of America / Vereinigte Staaten von Amerika
USD	United States Dollar

1 Einleitung

„Die Bankenregulierung wird immer strenger, ständig komplexer und die Halbwertszeit der Regulierungsvorschriften wird immer kürzer.“¹ - HARTMANN-WENDELS (2014).

Die deutsche Kreditwirtschaft steht derzeit einer Reihe von Herausforderungen gegenüber.² Ein zentraler Punkt, der in vielen Beiträgen und Studien genannt und vielfältig diskutiert wird, wie beispielsweise durch HARTMANN-WENDELS (2014) in der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, ist die Zunahme der regulatorisch bedingten Kosten als Folge der neuen europäischen Finanzmarktarchitektur.³ Die Berechnung dieser Kosten gestaltet sich schwierig, da angesichts der Komplexität und Spezifität der Finanzwirtschaft kein quantitatives Modell existiert, welches zuverlässig und umfassend alle relevanten Kosten berechnet.⁴

Regulierungskosten lassen sich, wie in diesem Arbeitspapier gezeigt wird, in verschiedene Kostenkategorien unterteilen. Bisherige prominente deutschsprachige Studien beziehen sich nur auf finanzielle Zusatzbelastungen. Beispielsweise ermittelt die DZ BANK AG (2014) für die Bankenunion die direkten finanziellen Kosten, welche den Kreditinstituten auf Grund von Einlagensicherung, Restrukturierungs- und Abwicklungsregeln und europäischer Aufsicht entstehen.⁵ Dabei bleiben die substantiellen und die informationellen Compliance-Kosten, auch Bürokratiekosten genannt, unberücksichtigt.

Die bisherige Forschung, auch wenn sie große Unterschiede bezüglich Definitionen, Daten und Methoden beinhaltet, zeigt jedoch, dass Bürokratiekosten einen nicht zu vernachlässigenden Bestandteil der Regulierungskosten darstellen.⁶ Unter Effizienzgesichtspunkten gelten Bürokratiekosten als eine Verschwendung ökonomischer Ressourcen, da sie, im

¹ HARTMANN-WENDELS (2014), S. 1187.

² Die 4P CONSULTING GMBH (2013) identifiziert fünf Problembereiche: (1) Zunehmender Preis- und Margendruck (Direktbanken, Auslandsbanken), (2) Trendumkehr zu kurzfristigen Einlagen (im Gegensatz zu langfristiger Kreditzinsfestschreibung), (3) Kostensteigerung (Filialdichte, Personalkosten), (4) anhaltende Niedrigzinsphase, (5) Steigende Belastung durch Regulierung.

³ Vgl. HARTMANN-WENDELS (2014), S. 1187ff.

⁴ Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2014), S. 192.

⁵ Vgl. DZ BANK AG (2014).

⁶ ELLIEHAUSEN (1998) nennt für die Bankinstitute der USA für das Jahr 1991 Kosten in Höhe von 7,7 Mrd. USD (6,1 Prozent der zinsunabhängigen Aufwendungen). Für die deutsche Kreditwirtschaft beziffert die Studie der IW CONSULT GMBH (2006) für das Jahr 2005 Bürokratiekosten in Höhe von 3,1 Mrd. EUR (4,1 Prozent der Verwaltungskosten).

Gegensatz zur Steuerlast, die effektive Belastung der Unternehmen erhöhen, aber nicht die Einnahmen des Staates. Daher bieten nicht notwendige Bürokratiekosten einen potenziellen Ansatzpunkt für erhebliche Erleichterungen der Unternehmen und deren erhöhte Wettbewerbsfähigkeit.

Zudem haben Bürokratiekosten unerwünschte Distributionseffekte, da der regressive Charakter der Kosten dazu führt, dass kleinere und mittlere Unternehmen überproportional stark belastet werden (sog. Regressivitätshypothese).⁷ Dies liegt weitestgehend darin begründet, dass Bürokratiekosten einen fixen Anteil und einen mit der Unternehmensgröße variierenden Anteil beinhalten. Der Fixkostenanteil stellt folglich für kleinere Unternehmen einen höheren Prozentsatz der Betriebskosten dar, als für größere Unternehmen.⁸ Zudem haben kleinere Betriebe weniger Wahlmöglichkeiten, da es ihnen tendenziell an finanziellen Mitteln fehlt, um beispielsweise durch die Nutzung von IT-gestützter Prozessautomatisierung die Kosten zu senken. Ebenso bestehen Spezialisierungsvorteile, wie beispielsweise durch die Existenz von Compliance-Teams in größeren Unternehmen, sowie Skalen- und Lerneffekte.⁹

Die regionalen Volksbanken und Raiffeisenbanken¹⁰ sind, trotz heterogener Größenstruktur, im nationalen Vergleich als eher klein zu charakterisieren.¹¹ Auch im Vergleich der Regionalbanken sind sie noch kleinteiliger organisiert als die Sparkassen. Daher lässt sich mit Hinblick auf das vielzitierte „*level playing field*“¹² ein besonderes Interesse der Kreditgenossenschaften an der Reduzierung der Bürokratiekosten der neuen (europäischen) Finanzmarktarchitektur ableiten.

Die Bürokratiekostenforschung folgt der Simplifikation „*what gets measured gets done*“¹³ und impliziert damit, dass einer möglichen Vereinfachung, Anpassung oder Veränderung von Regulierungsvorschriften oft erst eine explizite Quantifizierung vorweg gehen muss. Bürokratiekosten

⁷ Vgl. SANDFORD (1995), S. 4f.; TRAN-NAM ET AL. (2000), S. 230; KITCHING (2007), S. 156; CHITTENDEN ET AL. (2009), S. 54; NIJSEN ET AL. (2009), S. xii ff.; EICHFELDER / VAILLANCOURT (2014), S. 14.

⁸ Vgl. EUROPE ECONOMICS (2009), S. 5.

⁹ Vgl. EICHFELDER (2009), S. 12f.; EUROPE ECONOMICS (2009), S. vii; NIJSEN ET AL. (2009), S. xii.

¹⁰ auch „Genossenschaftsbanken“ bzw. „genossenschaftliche Primärbanken“.

¹¹ Vgl. POLLMANN (2013), S. 8f.; TSCHÖPEL (2013), S. 2.

¹² Ein „*level playing field*“ kann definiert werden als ein regulatorisches Rahmenwerk, in dem alle Marktteilnehmer den gleichen gesetzlichen Vorschriften unterliegen, sodass sich im Wettbewerb die effizienteren Unternehmen durchsetzen, vgl. MORRISON / WHITE (2009), S. 1099.

¹³ SCM NETWORK (2005), S. 2.

lassen sich jedoch nicht ohne Weiteres ermitteln, da die erforderlichen Informationen weder in der Unternehmensbuchführung noch in amtlichen Statistiken enthalten sind.¹⁴ Der Bürokratiekostenforschung steht daher eine Reihe von Erhebungsmodalitäten zur Verfügung, die im Verlauf der Arbeit genannt werden, wobei die quantitative Befragung sehr häufig verwendet wird.¹⁵

Im vorliegenden Arbeitspapier sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten der Datenerhebung vorgestellt und mit Hilfe eines Literaturüberblicks auf ihre Relevanz für die Bürokratiekostenmessung der Bankenregulierung von deutschen Genossenschaftsbanken hin untersucht werden. Zusätzlich soll eine Darstellung des bisherigen Forschungsstandes erfolgen.

Dazu ist das vorliegende Arbeitspapier wie folgt aufgebaut. In Kapitel 2 erfolgt eine Darstellung der Bankenregulierung aus ökonomischer Perspektive sowie von Instrumenten staatlicher Bankenregulierung. Anschließend wird in Kapitel 3 eine Aufarbeitung der unterschiedlichen Begriffsdefinitionen von Regulierungs- und Bürokratiekosten, ein historischer Rückblick in die ökonomische Bürokratiekostenmessung und eine Vorstellung der Erhebungsmodalitäten vorgenommen. Kapitel 4 beinhaltet den Literaturüberblick und die wesentlichen, abzuleitenden Ergebnisse. Außerdem wird explizit die Studie der IW CONSULT GMBH (2006) vorgestellt und erläutert, da diese bereits einen ersten Quantifizierungsversuch für die Bürokratiekosten der deutschen Kreditwirtschaft vorgenommen hat. Das Arbeitspapier schließt in Kapitel 5 mit einem Fazit.

2 Bankenregulierung als Betrachtungsobjekt

Bevor sich dieses Arbeitspapier im Folgenden dem Themenfeld der Bürokratiekosten widmet, beinhaltet dieses Kapitel eine kurze allgemeine Darstellung von Bankenregulierung als Betrachtungsobjekt. Dafür wird eingangs Bankenregulierung aus theoretischer Perspektive begründet (vgl. Kapitel 2.1) und anschließend die Instrumente staatlicher Bankenregulierung dargestellt (vgl. Kapitel 2.2).

¹⁴ Vgl. EICHFELDER (2009), S. 3f.; NIJSEN ET AL. (2009), S. xi.

¹⁵ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), EICHFELDER (2009), S. 3f.

2.1 Theoretische Begründung von Bankenregulierung

Ganz allgemein umfasst Regulierung Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Individuen und Organisationen ein bestimmtes Verhalten vorschreiben oder verbieten und die von staatlichen Institutionen auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene erlassen, umgesetzt und durchgesetzt werden.¹⁶ Damit führt staatliche Regulierung zu einer Einschränkung der Dispositionsfreiheit und des Optionenraumes der Marktakteure, die in jedem Fall einer ökonomischen Begründung bedarf.¹⁷

Der Bankensektor ist einer der am stärksten regulierten Wirtschaftsbereiche in nahezu jeder marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft.¹⁸ Die Begründung für die umfassende Bankenregulierung basiert auf der Existenz von Marktversagen, welche aus den inhärenten Informationsmängeln auf Finanzmärkten entsteht. Diese liegen darin begründet, dass die Kreditgeber Charakteristika, Aktivitäten und Absichten des Kreditnehmers nicht adäquat überwachen können, da die Informationsbeschaffung dem Problem fehlender Glaubwürdigkeit unterliegt.¹⁹ Somit schränken Informationsmängel den ökonomisch effizienten Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf Kapitalmärkten ein. Zusätzlich erschweren unterschiedliche Losgrößen, Risikoeinstellungen und Fristenanforderungen die effiziente Markträumung.²⁰

Finanzintermediäre stellen eine institutionelle Lösung der Informationsasymmetrien dar. Zum einen sind sie beauftragter Monitor für die Kapitalgeber, sammeln die relevanten Informationen über das Kreditvorhaben und dessen Erfolgswahrscheinlichkeit, überwachen adäquat das Management des Kreditnehmers, reduzieren somit die Überwachungs- und Informationsgewinnungskosten und verringern die Gefahr von adverser Selektion der Kreditprojekte und des Moral Hazard nach Vertragsabschluss.²¹ Zum anderen sichern Banken die Einleger gegen individuelle Liquiditätsrisiken ab, sodass das Vorhalten eines unrentablen Gütervorrats und der Verzicht auf profitable Investitionsprojekte vermieden werden kann.²² Folglich übernehmen Banken die fundamentale Auf-

¹⁶ Vgl. KITCHING (2007), S. 157.

¹⁷ Vgl. THEURL (2001), S. 12.

¹⁸ Vgl. THEURL (2001), S. 9.

¹⁹ Vgl. RAMAKRISHNAN / THAKOR (1984), S. 416f.

²⁰ Vgl. BHATTACHARYA ET AL. (1998), S. 12; THEURL (2001), S. 14f., RUPPRECHT (2010), S. 33.

²¹ Vgl. DIAMOND (1984), S. 393ff., MISHKIN (2001), S. 1ff.; THEURL (2001), S. 14f.; THEURL (2003), S. 222.

²² Vgl. BRYANT (1980), S. 335ff.; DIAMOND / DYBVIK (1983), S. 401ff.; THEURL (2001), S. 14.

gabe der effizienten Allokation von Kapital und Risiko in einer Volkswirtschaft und leisten dadurch einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.²³

Die Übernahme der Allokationsfunktion beinhaltet jedoch Risiken, insbesondere bei den genannten Losgrößen-, Risiko- und Fristendifferenzen, was die Notwendigkeit für die Regulierung von Finanzintermediären begründet.²⁴ Die Fragilität der Bilanzstruktur, also die aufgrund der hohen Fremdfinanzierung von Banken möglichen Zahlungsprobleme bei einem großvolumigen Abzug kurzfristig kündbarer Einlagen, weist der Risikosteuerung eine zentrale Aufgabe zu.²⁵ Da einzelne Einleger geringe Informationen über den Liquiditäts- und Solvenzzustand des Finanzinstitutes haben und die Überwachungskosten aufgrund der benötigten Expertise im Vergleich zu den Einlagen sehr hoch sind, ist es wahrscheinlich, dass eine Free-Rider-Position eingenommen wird.²⁶ Die Delegation der Aufsichtsfunktion an eine staatliche Institution ermöglicht hier eine effiziente Informationssammlung, sowie eine adäquate Überwachung und mögliche Sanktionen.²⁷ Eine nicht ausreichende Überwachung, eine fehlerhafte Risikosteuerung und Finanzinstitute, die aufgrund des Abziehens der Einlagen die Nachfrage kurzfristig nicht bedienen können, führen aufgrund der geringen Differenzierung der Bankinstitute durch die Einleger zu einem Vertrauensverlust für das gesamte Bankensystem und möglicherweise zu Bank Runs.²⁸ Die daraus erwachsende Systemkrise beeinträchtigt die Ausübung der wertvollen volkswirtschaftlichen Funktion durch die Banken, sodass realwirtschaftliche Einbußen folgen.²⁹ Zusätzliche Kosten entstehen aus möglichen Währungskrisen, Bankensanierungen, Vermögensverlusten oder hohen Staatsausgaben, wenn eine Bank aufgrund ihres systemischen Risikos durch fiskalische Maßnahmen vor der Insolvenz bewahrt wird.³⁰

Zur Übernahme der Aufsichtsfunktion wurden Instrumente staatlicher Bankenregulierung entwickelt, die im Folgenden dargestellt werden.

²³ Vgl. LEVINE (1997), S. 688ff.; RUPPRECHT (2010), S. 33.

²⁴ Vgl. RUPPRECHT (2010), S. 33f.

²⁵ Vgl. FREIXAS / ROCHET (2008), S. 307f.; RUPPRECHT (2010), S. 34.

²⁶ Vgl. RUPPRECHT (2010), S. 37.

²⁷ Vgl. THEURL (2001), S. 17.

²⁸ Vgl. BHATTACHARYA ET AL. (1998), S. 766; THEURL (2001), S. 15.

²⁹ Vgl. THEURL (2001), S. 16.

³⁰ Vgl. BHATTACHARYA ET AL. (1998), S. 766; THEURL (2001), S. 16.

2.2 Instrumente staatlicher Bankenregulierung

Die staatliche Bankenregulierung versucht mit unterschiedlichen sektor-spezifischen Instrumenten den Informationsasymmetrien zu entgegenen. Nach FEY (2006) sowie MOHR (2011) kann ganz grundsätzlich zwischen präventiven und protektiven Instrumenten unterschieden werden.

Präventive Instrumente (engl. „*prudential regulation*“) sollen die Risiken des Bankbetriebs ex ante verringern, indem das Risikoverhalten der einzelnen Banken durch Verhaltensaufgaben beeinflusst wird.³¹ Über die Begrenzung der Insolvenz-wahrscheinlichkeit einzelner Banken soll das Risiko von Systeminstabilität im gesamten Finanzsektor minimiert werden.³² Es ist hierbei zwischen mikro- und makroprudentieller Regulierung zu unterscheiden.

Der Fokus der *mikroprudentiellen* Regulierung liegt auf der Sicherung der Stabilität der einzelnen Bank.³³ Durch die Festlegung geeigneter Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen soll das Geschäftsverhalten der Banken gezielt gesteuert werden, sodass einzelwirtschaftliche Probleme intern gelöst werden können, ohne die Inanspruchnahme der Einlagensicherung und ohne eine systemische Krise mit gesamtwirtschaftlichen Kosten auszulösen.³⁴ Darüber hinaus können gesetzliche Beschränkungen, beispielsweise durch die Untersagung übermäßig risikanter Geschäfte oder durch Beschränkung des Marktzugangs, die Risiken einer Bank direkt beeinflussen.³⁵ Durch Publikationspflichten wird versucht, die Informationsasymmetrien im Bankenmarkt abzubauen, sodass Aufsichtsbehörden und Einleger die Bonität der Institute besser einschätzen können.³⁶ Qualitative Vorgaben zur Organisationsstruktur oder zum Risikomanagement stellen ebenfalls Instrumente der mikroprudentiellen Regulierung dar.³⁷

Der Fokus der *makroprudentiellen* Regulierung liegt auf der Sicherung der Stabilität des gesamten Finanzsystems und der Vermeidung von Auswirkungen auf die Realwirtschaft.³⁸ Dabei werden die Risiken, die vorwiegend während einer expansiven Wirtschaftsphase im Finanzsek-

³¹ Vgl. FEY (2006), S. 79f.; MOHR (2011), S. 110f.

³² Vgl. FEY (2006), S. 79f.; MOHR (2011), S. 110f.

³³ Vgl. HANSON ET AL. (2011), S. 4f.

³⁴ Vgl. HANSON ET AL. (2011), S. 4f.

³⁵ Vgl. STIGLITZ (2001), S. 6f.

³⁶ Vgl. FEY (2006), S. 80ff.; RUPPRECHT (2010), S. 46; MOHR (2011), S. 111ff.

³⁷ Vgl. RUPPRECHT (2010), S. 46.

³⁸ Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (2014), S. 135.

tor durch exzessive Risikobereitschaft entstehen, überwacht und die externen Effekte internalisiert.³⁹

Protektive Instrumente (engl. „*protective regulation*“) zielen auf die Verhinderung einer möglichen Insolvenz eines Finanzinstitutes und auf die Eindämmung einzel- und gesamtwirtschaftlicher Kosten einer tatsächlichen Insolvenz ab.⁴⁰ FEY (2006) unterscheidet zwischen regelgebundenen und diskretionären Maßnahmen.⁴¹

In die Kategorie der *regelgebundenen Instrumente* fällt die Einlagensicherung, die nach DIAMOND / DYBVG (1983) und BRYANT (1980) einen wertvollen Beitrag zur Verhinderung von Bank Runs leistet.⁴² Ebenso ist die Institutssicherung zu nennen, die, wie im genossenschaftlichen FinanzVerbund, durch Liquiditäts- und Kapitalhilfen die Insolvenz angeschlossener Banken verhindert.⁴³

In der Kategorie der *diskretionären Instrumente* ist das Auftreten der Zentralbank als „*lender of last resort*“ ebenso anzuführen, wie die Immanenz der staatlichen Rettung eines systemrelevanten Kreditinstitutes („*too big to fail*“).⁴⁴

Die vielfältigen Instrumente der Bankenregulierung haben das Ziel, den positiven ökonomischen Beitrag des Bankensektors aufrechtzuerhalten. Dennoch verursachen Markteingriffe, wie in diesem Arbeitspapier dargestellt, unterschiedliche Arten von Regulierungskosten. Was darunter zu verstehen ist, wird im Folgenden dargestellt.

3 Regulierungskosten und Bürokratiekostenforschung

Zu Beginn bedarf es einer begrifflichen Eindeutigkeit, um exakt und trennscharf argumentieren zu können. Daher wird eingangs der Begriff der Regulierungskosten definiert und in seinen Bestandteilen erläutert (vgl. Kapitel 3.1). Anschließend wird die Zielsetzung der ökonomischen

³⁹ Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (2014), S. 136.

⁴⁰ Vgl. FEY (2006), S. 79f.; MOHR (2011), S. 110f.

⁴¹ Vgl. FEY (2006), S. 80. Regelgebundene Maßnahmen bauen auf quantitativen Normen auf, beinhalten jedoch Anreize zur Regulierungsarbitrage. Diskretionäre Instrumente ermöglichen Einzelfalllösungen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Bankenaufsicht notwendige Sanktionen unterlässt und somit die disziplinierende Wirkung von Bankenregulierung verloren geht, vgl. HARTMANN-WENDELS ET AL. (2014), S. 312.

⁴² Vgl. BRYANT (1980), S. 335ff.; DIAMOND / DYBVG (1983), S. 401ff.

⁴³ Vgl. FEY (2006), S. 81ff.; RUPPRECHT (2010), S. 48.

⁴⁴ Vgl. FEY (2006), S. 81ff.; RUPPRECHT (2010), S. 49ff.; MOHR (2011), S. 114.

Bürokratiekostenforschung aufgegriffen und die historische Entwicklung der Teildisziplin dargelegt (vgl. Kapitel 3.2). Der Abschnitt schließt mit einer Darstellung etwaiger Messmethoden, welche zur Quantifizierung von Bürokratiekosten zur Verfügung stehen (vgl. Kapitel 3.3).

3.1 Definition und Charakteristika von Regulierungskosten

„[...] there is no definition of compliance costs that has gained wide acceptance.“⁴⁵ - CHITTENDEN ET AL. (2009).

Die Begriffe Regulierungskosten, Compliance-Kosten, Bürokratiekosten, Verwaltungsaufwand, Erfüllungsaufwand, Gesetzgebungskosten, Gesetzesfolgekosten und administrative Kosten sind nur einige der in der ökonomischen Literatur und der praktischen Anwendung genannten Bezeichnungen für die bürokratischen Kosten, die durch Regulierung und Aufsicht entstehen. Wie durch CHITTENDEN ET AL. (2009) dargestellt, hat sich keine einheitliche Begriffsdefinition herausgestellt. Zudem verwenden deutschsprachige Autoren und der Gesetzgeber Begriffe, die nicht eindeutig einem englischsprachigen Pendant zuzuordnen sind, sodass zusätzliche definitorische Vielfalt existiert. Dennoch kann auf Grundlage der wissenschaftlichen Literatur ein inhaltlicher Konsens herausgearbeitet werden.

Der Begriff *Regulierungskosten* (bzw. „*costs of regulation*“ oder „*regulatory costs*“ im Englischen) ist entweder implizit oder explizit in der Mehrzahl der theoretischen und praktischen Ausarbeitungen als übergeordnete Bezeichnung akzeptiert und setzt sich aus zwei Begriffen zusammen.⁴⁶ *Kosten* können als der bewertete sachzielbezogene Güterverbrauch einer Abrechnungsperiode definiert werden, wobei Opportunitätskosten mit einzubeziehen sind.⁴⁷ Ursachen des Verbrauchs sind nicht nur willentlicher Güterverbrauch, wie bei der Güterproduktion, sondern auch erzwungener Güterverbrauch, der sich aus Gebühren, Beiträgen, Steuern und vorgeschriebenen Investitionen zusammensetzt.⁴⁸ Der Begriff *Regulierung* umfasst Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Individuen und Organisationen ein bestimmtes Verhalten vorschreiben oder verbieten und die von staatlichen Institutionen auf lokaler, nationa-

⁴⁵ CHITTENDEN ET AL. (2009), S. 43.

⁴⁶ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 3; SATHYE (2008), S.351ff.

⁴⁷ Vgl. SCHWEITZER / KÜPPER (2008), S. 13; CHITTENDEN ET AL. (2009), S. 52; RENDA ET AL. (2013), S. 22.

⁴⁸ Vgl. SCHWEITZER / KÜPPER (2008), S. 13f.

ler und transnationaler Ebene erlassen, umgesetzt und durchgesetzt werden.⁴⁹

Es ist zwischen direkten und indirekten Regulierungskosten zu unterscheiden (siehe Abb. 1). *Direkte Regulierungskosten* können als die Kosten verstanden werden, die bei Normadressaten⁵⁰ durch die Einhaltung oder Befolgung rechtlicher Handlungspflichten⁵¹ entstehen.⁵² Dabei ist zwischen *finanziellen Kosten* und *Compliance-Kosten* bzw. *Bürokratiekosten* zu unterscheiden.

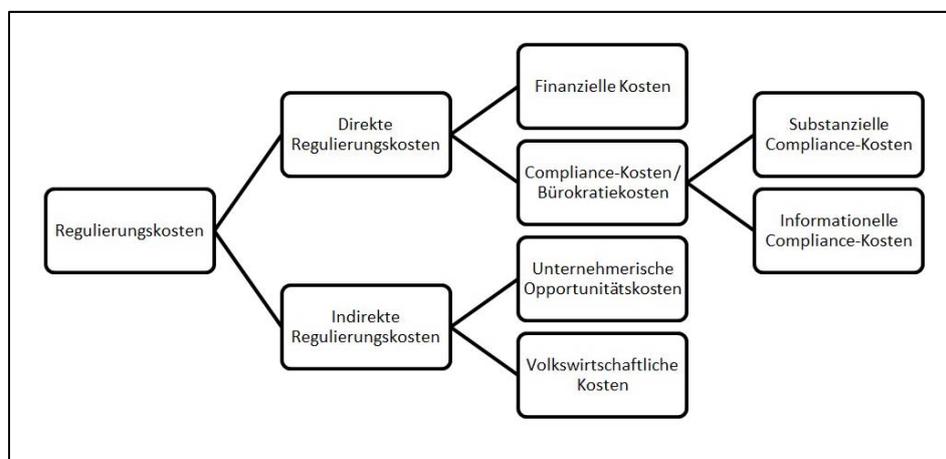


Abb. 1: Regulierungskosten

Quelle: Eigene Darstellung

Finanzielle Kosten entstehen aus Zahlungsverpflichtungen und beinhalten das Abführen von Steuern, Gebühren und Abgaben.⁵³ *Compliance-Kosten / Bürokratiekosten* sind in *substantielle Compliance-Kosten* und

⁴⁹ Vgl. MITNICK (1980), S. 4ff.; DAMRAU (2003), S. 8; KITCHING (2007), S. 157.

⁵⁰ Unter einem Normadressat wird das Rechtssubjekt verstanden, das von der einzelnen rechtlichen Pflicht angesprochen wird, vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009), S. 18. Im Rahmen dieser Arbeit sind das nur Unternehmen bzw. genossenschaftliche Primärbanken. Die Verwaltung und die Bürger, als weitere mögliche Normadressaten, werden nicht behandelt.

⁵¹ Eine rechtliche Pflicht ist eine Sollensnorm, die dem Normadressaten vorschreibt, was dieser bei bestimmten Sachverhalten zu tun, zu dulden oder zu unterlassen hat. Rechtliche Handlungspflichten verlangen folglich gewisse Aktivitäten für normkonformes Verhalten, vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009), S. 18f.

⁵² Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009), S. 7.

⁵³ Vgl. RÖSENER ET AL. (2007), S. 34; VAILLANCOURT / CLEMENS (2008), S. 56f.; NIJSEN (2009b), S. 32; CHARITÉ ET AL. (2010), S. 98; SANDER (2010), S. 13; DEUSCHINGER (2011), S. 19ff.; RENDA ET AL. (2013), S. 15.

informationelle Compliance-Kosten zu unterteilen.⁵⁴ *Substanzielle Compliance-Kosten* beinhalten diejenigen Investitionen und Ausgaben, die Unternehmen im Zusammenhang mit einem Produktionsprozess oder einem Produkt leisten müssen, um inhaltliche und materielle Pflichten und Anforderungen aus gesetzlicher Regelung zu erfüllen.⁵⁵ *Informationelle Compliance-Kosten* sind laut des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKRK) Kosten, „die natürlichen oder juristischen Personen durch Informationspflichten entstehen“⁵⁶. Informationspflichten sind dabei als „auf Grund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln“⁵⁷ definiert. Informationspflichten haben die Funktion, das Einhalten der finanziellen und substanziellen Pflichten der Unternehmen zu dokumentieren und statistische Informationen zu liefern.⁵⁸

Indirekte Regulierungskosten bestehen aus unternehmerischen Opportunitätskosten und volkswirtschaftlichen Kosten. *Opportunitätskosten* entstehen aus dem Eingriff der staatlichen Regulierung in die Geschäftstätigkeit der Unternehmen, sodass diese daran gehindert werden, möglichen profitablen Aktivitäten nachzugehen.⁵⁹ Dies ist beispielsweise die Beeinträchtigung der Kreditvergabe der Bankinstitute aufgrund von Eigenkapitalvorschriften. *Volkswirtschaftliche Kosten* können durch staatliche Regulierung verursacht werden, wenn Preis- und Mengeneffekte zu Wohlfahrtsverlusten führen, beispielsweise aufgrund von Marktungleichgewichten und Innovationshemmungen.⁶⁰

Je nach Realisierungszeitpunkt sind Compliance-Kosten als einmalig oder laufend zu bezeichnen. *Einmalige Kosten* entstehen bei der Implementierung einer Regelung, seien es Anwalts- oder Consultingausgaben für die Interpretation und Beratung bezüglich der Bestimmung, oder Aufwendungen für den Aufbau bzw. die Umstellung der informations-

⁵⁴ Insbesondere die englischsprachige Literatur verwendet die Begriffe „*compliance costs*“ synonym für substanzielle und informationelle Compliance-Kosten und „*administrative costs*“ für Bürokratiekosten der Verwaltung, vgl. bspw. EVANS (2003); SMULDERS ET AL. (2012).

⁵⁵ Vgl. NIJSEN (2009b), S. 31f.; CHARITÉ ET AL. (2010), S. 98; RENDA ET AL. (2013), S. 15.

⁵⁶ NKRK, §2, Abs. 2 Satz 2f.

⁵⁷ NKRK, §2, Abs. 2 Satz 2f.

⁵⁸ Vgl. NIJSEN (2009b), S. 32ff.

⁵⁹ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 3; SATHYE (2008), S. 353; BERTELSMANN STIFTUNG (2009), S. 7; NIJSEN ET AL. (2009), S. vii ff.

⁶⁰ Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009), S. 17f.; DEUSCHINGER (2011), S. 19ff.

technologischen Infrastruktur.⁶¹ *Laufende Kosten* fallen bei der regelmäßigen Durchführung der erforderlichen Aktivitäten an und umfassen beispielsweise die Gehaltsausgaben für das sich direkt mit Compliance befassende Personal, aber auch den Aufwand für die Kundeninformation und die Bearbeitung etwaiger Beschwerden.⁶²

Aufwendungen, die Bestandteil einer gesetzlichen Regelung sind, aber auch unabhängig von dieser beim Unternehmen anfallen würden, wie beispielsweise einige Bereiche der internen Informationsbeschaffung, sind als *Sowieso-Kosten* zu bezeichnen und daher kein Gegenstand der regulatorisch induzierten Kosten.⁶³

Aus zwei Gründen stellt insbesondere der Teilbereich der Bürokratiekosten für dieses Arbeitspapier ein interessantes wissenschaftliches Forschungsobjekt dar. Zum einen ist aufgrund bereits vorliegender Literatur anzunehmen, dass informationelle und substanzielle Compliance-Kosten, wie einleitend bereits dargestellt, von erheblicher Bedeutung sind. Zum anderen sind sie in ihrer Eigenschaft als „versteckte“ Kosten für die Unternehmen nicht leicht ermittelbar, sodass zu ermittelnde Kostensenkungspotenziale möglicherweise zu Effizienzsteigerungen in der Praxis beitragen.

Nach der Definition der wesentlichen Begriffe erfolgt ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Bürokratiekostenforschung, bevor auf die Möglichkeiten einer Messung eingegangen wird.

3.2 Zielsetzung der Bürokratiekostenforschung und historischer Rückblick

Manche Äußerungen von Unternehmern lassen erkennen, dass detaillierte, staatliche Regulierung in einigen Bereichen wenig Akzeptanz findet und die damit verbundenen Kosten als vermeidbar angesehen werden.⁶⁴ Deregulierung erscheint hier aus Unternehmenssicht oft als eine logische Antwort auf das Problem. Allerdings sind sich Gesellschaft und Staat mehr und mehr der volkswirtschaftlichen Risiken bewusst, wenn

⁶¹ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 3.

⁶² Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 3.

⁶³ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 3. Dies sind möglicherweise bis zu 40 Prozent der Bürokratiekosten eines Unternehmens, vgl. BOOG ET AL. (1994), zitiert nach NIJSEN / VELLINGA (2002), S. 10. Die Zahl ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da inhaltlich und methodisch das große Problem besteht, dass Sowieso-Kosten nur sehr selten zweifelsfrei zu identifizieren sind.

⁶⁴ Vgl. bspw. GRILLO / IRIGOYEN (2006), S. 305ff.

Marktunvollkommenheiten nicht adäquat internalisiert werden, was insbesondere auch auf den Sektor der Finanzintermediation zutrifft.

In Anbetracht dessen, geht es in der Bürokratiekostenforschung nicht primär um Deregulierung, sondern um die Frage, wie dereguliert und gleichzeitig reguliert werden kann, damit gesellschaftliche Risiken und öffentliche Ziele berücksichtigt werden, aber ohne als Bremse für Unternehmertum und ökonomisches Wachstum zu fungieren.⁶⁵ Aus normativer Sicht soll Bürokratiekostenforschung zu einer besseren Rechtsetzung führen und höhere Gesetzesqualität ermöglichen. Normadressaten sollen vor nicht notwendigen Aufwendungen bewahrt werden, sodass im Umkehrschluss Akzeptanz und Compliance mit bestehenden Vorschriften erhöht wird.

Diese Betrachtungsweise ist nicht neu, sondern ist bereits bei Adam Smith zu finden, wie im Folgenden gezeigt wird.

Historisch ist der Umgang mit Bürokratiekosten nach POPE (1989) und NIJSEN (2009a) in fünf Phasen zu unterteilen. Die erste Phase beinhaltet die Anerkennung von Compliance-Kosten als Problemfeld durch die ökonomische Wissenschaft und geht zurück auf Adam Smith, welcher 1776 in seinem Buch *„An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“* schrieb: *„Every tax ought to be so contrived as to take out and to keep out of the pockets of the people as little as possible over and above what it brings into the public treasury of the state“*⁶⁶.

In der zweiten Phase, ab den 1930er Jahren, begannen erste Versuche der Quantifizierung durch wissenschaftliche Institutionen, insbesondere in den USA sowie in Deutschland, England, der Schweiz und den Niederlanden.⁶⁷

In der dritten Phase, etwa ab 1985, erfolgte die Anerkennung von Compliance-Kosten durch die Politik und es begannen erste Projekte zu verbesserter Rechtsetzung, beispielsweise für eine erleichterte Unternehmensgründung.⁶⁸

Die vierte Phase in den 1990 Jahren brachte effektive Maßnahmen seitens der Gesetzgeber, wie beispielsweise die Förderung der Entwicklung

⁶⁵ Vgl. NIJSEN ET AL. (2009), S. vii.

⁶⁶ SMITH (2007), S. 640.

⁶⁷ Vgl. NIJSEN (2009a), S. 2f.

⁶⁸ Vgl. NIJSEN (2009a), S. 3ff.

und Anwendung des Standardkosten-Modells (SKM)⁶⁹ in den Niederlanden, mit dessen Hilfe eine systematische Schätzung von Bürokratiekosten in einem Sektor oder einer gesamten Volkswirtschaft möglich wurde.⁷⁰

Die fünfte Phase ab Ende der 1990er beinhaltet schließlich das Monitoring, also die fortlaufende Überprüfung aller neuen Gesetzgebungen auf ihre Wirkungen bezüglich Compliance-Kosten.⁷¹

In Deutschland gelangte das Thema der Bürokratiekostenmessung erst 2006 mit der Gründung des nationalen Normenkontrollrates und der Einführung des Standardkosten-Modells auf die politische Tagesordnung.⁷² Der Kontrollrat soll als unabhängiges Gremium ein kritischer, konstruktiver Berater der Bundesregierung sein und die Umsetzung des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ unterstützen.⁷³ Er prüft seither in verschiedenen Projekten die anfallenden Bürokratiekosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung.⁷⁴

Um der Zielsetzung der Bürokratiekostenforschung zu entsprechen, ist die Nutzung eines Berechnungsmodells, wie beispielsweise das SKM, nötig. Dazu sind Daten erforderlich. Welche grundlegenden Möglichkeiten der Datengewinnung in der Bürokratiekostenforschung bestehen, wird im Folgenden erläutert.

3.3 Methoden der Bürokratiekostenmessung

Nach ELLIEHAUSEN (1998) ist zwischen vier grundlegenden methodischen Herangehensweisen zur Messung von Bürokratiekosten zu unterscheiden.

Erstens versucht eine Reihe von Studien mit öffentlich verfügbaren Bilanzdaten Kostendifferenzen von Prozessen zwischen regulierten und nicht regulierten Bereichen zu identifizieren, um daraus die Mehrbelastung abzuleiten.⁷⁵ Alternativ werden Zeitreihen genutzt um Kostenverän-

⁶⁹ Das Standardkosten-Modell (SKM): Ein in den Niederlanden entwickeltes Berechnungsmodell, mit dem die durch staatliche Informationspflichten entstehenden Bürokratiekosten ermittelt werden können.

⁷⁰ Vgl. NIJSEN (2009a), S. 6f.

⁷¹ Vgl. NIJSEN (2009a), S. 8f.

⁷² Vgl. NATIONALER NORMENKONTROLLRAT (2015b).

⁷³ Vgl. NATIONALER NORMENKONTROLLRAT (2015b).

⁷⁴ Vgl. NATIONALER NORMENKONTROLLRAT (2015a).

⁷⁵ Vgl. hier und im Folgenden ELLIEHAUSEN (1998), S. 8f.

derungen zu betrachten, die nach der Umgestaltung einer regulatorischen Bestimmung auftreten. Der entscheidende Nachteil dieser Methodik liegt darin, dass Regulierungskosten selten die einzige kostenverändernde Determinante darstellen und eine wissenschaftlich korrekte Herangehensweise die Identifikation externer Faktoren und deren Interdependenz erfordert. Zudem ist bei Zeitreihenanalysen die betrachtete Periode sorgfältig zu wählen, da Gesetzesänderungen häufig erst nach einer gewissen Zeit in Kraft treten, anschließend im Regelfall eine Einführungsphase mit freiwilliger Compliance seitens der Normadressaten besteht und somit Schwierigkeiten bei der Unterscheidung zwischen einmaligen und laufenden Kosten vorliegen. Daher ist es nach ELLIEHAUSEN (1998) nicht verwunderlich, dass es sehr wenige Studien mit dieser Methodik gibt.

Zweitens können Analogien zur Schätzung der Regulierungskosten genutzt werden.⁷⁶ Hierbei werden die zu untersuchenden Prozesse mit Prozessen verglichen, deren Kosten aufgrund von bestehenden Umfragen, Fallstudien oder ökonomischen Studien bekannt sind. Ein wesentlicher Nachteil dieser Methodik besteht darin, dass die Schätzungen meistens auf mehreren Datenquellen basieren, welche untereinander variieren können und somit die Analogie inhaltlich inkonsistent und nicht repräsentativ wird. Außerdem können für manche Prozesse schlicht keine adäquaten Analogien gefunden werden.

Eine dritte Möglichkeit ist die Entwicklung von Fallstudien.⁷⁷ Hier besteht der Vorteil, dass die Qualität der erhobenen Daten kontrolliert werden kann, da sich auf nur wenige Finanzinstitute beschränkt wird. Im Ergebnis führen gut durchgeführte Fallstudien zu umfassenden Informationen über Bürokratiekosten. Es wird üblicherweise eine direkte Befragung der Arbeitnehmer durchgeführt, um die Zeit zu ermitteln, die zur Ausführung bestimmter Aktivitäten benötigt wird. Diese wird anschließend mit den jeweiligen Lohnkosten multipliziert. Substantielle Compliance-Kosten, wie Druckkosten, Portokosten und ähnliches, werden analog geschätzt. Der Vorteil von Fallstudien liegt in der direkten Beteiligung des Wissenschaftlers, da dieser reagieren kann, falls abgefragte Informationspflichten verschiedene Bankbereiche umfassen und der beantwortende Bankmanager die erwünschten Informationen nicht direkt abrufen

⁷⁶ Vgl. hier und im Folgenden ELLIEHAUSEN (1998), S. 9f.

⁷⁷ Vgl. hier und im Folgenden ELLIEHAUSEN (1998), S. 11ff.

kann.⁷⁸ Der Nachteil von Fallstudien liegt in der eingeschränkten Generalisierbarkeit der Ergebnisse.⁷⁹

Viertens nennt ELLIEHAUSEN (1998) Umfragen mit Hilfe strukturierter Fragebögen als geeignete empirische Methode.⁸⁰ Der Vorteil liegt darin, dass empirisch belegbare und bei einer repräsentativen Stichprobe generalisierbare Ergebnisse über Kostenhöhe und -struktur ermittelt werden können.⁸¹ Der Nachteil liegt darin, dass mögliche methodische Probleme entstehen, die beim Design und der Auswertung der Umfrage beachtet werden müssen.⁸² Beispielsweise können Regulierungsbestimmungen verschiedene Abteilungen der Banken tangieren, sodass die Identifikation der geeigneten Ansprechpartner große Bedeutung besitzt.⁸³ Dies könnte durch die Auswahl weniger Regulierungsvorschriften, im Gegensatz zu einer großen Anzahl, verringert werden, da die ausführende Person somit tendenziell eher den Zugriff auf alle notwendigen Informationen besitzt.⁸⁴ Zudem besteht ein mögliches Problem empirischer Befragungen in der Glaubwürdigkeit der Befragungsteilnehmer, da diese die Kosten eventuell überschätzen, um ihre Unzufriedenheit besonders auszudrücken, oder unterschätzen, da Erinnerungslücken bestehen.⁸⁵ Dennoch sind nach ELLIEHAUSEN (1998) die bekannten Limitationen zu überwinden, wenn diese ausreichend Beachtung finden, sodass Umfragen eine lohnende Methode zur Quantifizierung von Regulierungskosten darstellen.⁸⁶

Somit ist abschließend festzuhalten, dass insbesondere Fallstudien und Umfragen aus theoretischer Perspektive sinnvolle Möglichkeiten zur Datenerhebung darstellen. Dabei ist auch eine Kombination möglich. Beispielsweise können Umfragen die Fallstudienresultate überprüfen und eine repräsentativere Aussagekraft zulassen.

Im Anschluss an die grundlegenden Darstellungen zu Regulierungskosten und Bürokratiekostenforschung, wird im Folgenden ein Literaturüberblick den bisherigen Forschungsstand im Bereich der Bürokratiekos-

⁷⁸ Vgl. ALLERS (1994), S. 47f.; ELLIEHAUSEN (1998), S. 11ff.

⁷⁹ Vgl. ALLERS (1994), S. 47f.; ELLIEHAUSEN (1998), S.11ff.; EICHFELDER (2009), S. 4.

⁸⁰ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 13ff.

⁸¹ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 13ff.; EICHFELDER (2009), S. 3.

⁸² Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 13ff.

⁸³ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 13ff.

⁸⁴ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S. 13ff.

⁸⁵ Vgl. ALLERS (1994), S. 48f.; CHITTENDEN ET AL. (2009), S. 45; EICHFELDER (2009), S. 4f.

⁸⁶ Vgl. ELLIEHAUSEN (1998), S.13ff.

tenmessung für Kreditinstitute erörtern. Dabei wird insbesondere darauf geachtet, welche der beschriebenen Messmethoden von den bisher veröffentlichten Studien angewandt werden.

4 Literaturüberblick

In diesem Kapitel wird die bestehende Forschungsliteratur des Bereichs der Compliance-Kosten für die Banken- bzw. Finanzbranche dargestellt. Für die Literaturstudie ist zunächst die Vorgehensweise der Untersuchung darzulegen (vgl. Kapitel 4.1). Da in der Literatur eine Vielzahl von Quellen zu finden ist, die Bürokratiekosten der Kredit- und Finanzwirtschaft thematisieren, ist dann ein geeigneter Systemisierungsrahmen zu entwickeln (vgl. Kapitel 4.2). Anschließend werden die Analyseergebnisse vorgestellt (vgl. Kapitel 4.3). Abschließend widmet sich dieses Kapitel der Studie der IW CONSULT GMBH (2006), da diese bereits Bürokratiekosten der deutschen Kreditwirtschaft thematisiert (vgl. Kapitel 4.4).

4.1 Vorgehensweise

Zur Identifikation der relevanten Literatur wurde ein zweistufiger Ansatz verwendet.⁸⁷ Im ersten Schritt erfolgte eine thematische Suche unter Nutzung der EBSCO und JSTOR Datenbanken sowie der Recherche-dienste DigiBib und Google Scholar.⁸⁸ Anschließend wurden im zweiten Schritt die Literaturverzeichnisse der identifizierten Quellen systematisch auf weitere relevante Literatur hin untersucht, um einen möglichst umfassenden Überblick zu erhalten.⁸⁹ Die Literaturstudie wurde beendet, nachdem keine weiteren Studien mehr gefunden werden konnten.

⁸⁷ Das entspricht den Vorgehensweisen der Literaturstudien von TAAPE (2013) und KLEIN (2015).

⁸⁸ Hierbei wurde systematisch nach den Schlagwörtern „*regulatory compliance*“, „*compliance cost*“, „*bank*“, „*banking regulation*“, „*Bürokratiekosten*“ in unterschiedlichen Kombinationen gesucht.

⁸⁹ Hier wurde sich schwerpunktmäßig auf ELLIEHAUSEN (1998) und COSMA ET AL. (2013) gestützt. Als Limitation des vorliegenden Literaturüberblicks ist die für den Autor eingeschränkte Zugänglichkeit zu wenigen der zitierten Quellen anzusehen, sodass möglicherweise erkenntnisreiche Studien nicht mit aufgenommen werden konnten.

4.2 Systematische Literaturanalyse

4.2.1 Systematisierungsrahmen

In der Literatur findet sich eine Vielzahl von Quellen, in denen Bürokratiekosten für die Kreditwirtschaft bzw. die Finanzwirtschaft thematisiert werden. Da es an einem etablierten Metaanalyseschema mangelt, ist ein Systematisierungsrahmen zu entwickeln, sodass die identifizierten Quellen zielgerichtet ausgewertet werden können. Der Systematisierungsrahmen besteht aus strukturellen und inhaltlichen Merkmalen, die nachstehend erläutert werden.

Strukturelle Merkmale sind das Erscheinungsjahr, das untersuchte Land und der Studientyp.

Erscheinungsjahr

Anhand der *Erscheinungsjahre* der identifizierten Studien lässt sich beobachten, wann Bankenregulierung für die Bürokratiekostenforschung interessant wurde und ob es nach wie vor ein interessantes Themengebiet ist.

Land

Das Merkmal *Land* bezeichnet die Staaten oder die Region, die in den identifizierten Studien untersucht werden. Somit kann die Literatur auf einen regionalen Fokus hin untersucht werden. Es ist zu erwarten, dass aufgrund der historischen Entwicklung der Bürokratiekostenforschung viele Studien in Nordamerika entstanden sind.

Studientyp

Der Aspekt *Studientyp* unterscheidet die identifizierten Quellen nach Zeitschriftenaufsätzen bzw. Veröffentlichungen in anerkannten Arbeitspapierreihen⁹⁰, Monographien bzw. Beiträge in Sammelbänden, beauftragten Studien und Unternehmensstudien. Artikel in Zeitschriften bzw. Veröffentlichungen in anerkannten Arbeitspapierreihen und Monographien bzw. Beiträge in Sammelbänden kann der höchste Grad an Objektivität zugestanden werden. Studien, die durch öffentliche Stellen oder Unternehmensverbände beauftragt und von Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, sind etwas vorsichtiger zu interpretieren. Gleiches gilt für Studien, die Unternehmen durchführen.

⁹⁰ Wie bspw. die Federal Reserve Banks Staff Studies, vgl. SCHROEDER (1985).

Neben der Systematisierung nach strukturellen Aspekten wird im Rahmen dieser Literaturstudie auch ein inhaltlicher Aspekt berücksichtigt.

Erhebungsmodalität

Als relevantes inhaltliches Merkmal ist die *Erhebungsmodalität* zu nennen. Die Ausprägungen beinhalten Umfragen, Fallstudien, Analogien und die Nutzung von Bilanzdaten. Hier ist auf Grundlage von ELLIEHAUSEN (1998) zu erwarten, dass vor allem Umfragen und Fallstudien verwendet wurden.

Strukturelle Merkmale	Erscheinungsjahr	Veröffentlichungszeitpunkt			
	Land	Betrachteter Staat oder Region			
	Studientyp	Zeitschriftenaufsatz	Monographie, Beitrag im Sammelband	Beauftragte Studien	Unternehmensstudien
Inhaltliches Merkmal	Erhebungsmodalität	Nutzung von Bilanzdaten	Analogien	Fallstudien	Umfragen

Tab. 1: Systematisierungsrahmen

4.2.2 Analyseergebnisse

Es wurden im Rahmen der Literaturrecherche dreizehn verfügbare Studien⁹¹ zu Bürokratiekosten identifiziert, die sich explizit mit bankspezifischen Regulierungen und dem Finanzsektor befassen (siehe Tab. 1).⁹²

⁹¹ Dies sind: MURPHY (1980); SCHROEDER (1985); ELLIEHAUSEN / KURTZ (1988); BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993); ALLERS (1994); FRANKS ET AL. (1998); ELLIEHAUSEN / LOWREY (2000) bzw. ELLIEHAUSEN / LOWREY (1997); GRANT THORNTON (2002); MALIK (2004); DELOITTE & TOUCHE LLP (2006); IW CONSULT GMBH (2006); SATHYE (2008); COSMA ET AL. (2013).

⁹² Darüber hinaus gibt es einen großen wissenschaftlichen Literaturzweig zu Compliance-Kosten der Besteuerung, welcher zum Teil ähnliche Ergebnisse ermittelt. EICHFELDER / VAILLANCOURT (2014) identifizieren hierzu 21 Studien zu steuerlichen Bürokratiekosten von Haushalten und 31 Studien zu steuerlichen Bürokratiekosten von Unternehmen. Im Folgenden wird daher, wenn angebracht, auch auf die Ergebnisse dieses inhaltlich eng verwandten Literaturbereichs zurückgegriffen. Für eine Übersicht zu *Bürokratiekosten der Besteuerung* bzw. *tax compliance costs*, vgl. HAIG (1935); TÄUBER (1984); HASSELDINE (1995); ERARD (1997); LOH ET AL. (1997); CHAN ET AL. (1999); CHAT-

Nach Darstellung des Systematisierungsrahmens wird im Folgenden die Darstellung der Ergebnisse vorgenommen, wobei mit den strukturellen Merkmalen begonnen wird.

Erscheinungsjahr

Die Analyse der Veröffentlichungsjahre zeigt, dass sowohl zwischen den Jahren 1980 und 1989, als auch zwischen 1990 und 1999 die Zahl der identifizierten Publikationen bei drei liegt. Dies verdoppelt sich auf sechs Studien im Zeitraum von 2000 bis 2009. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass US-amerikanische Studien Vorreiter der Entwicklung waren, die hauptsächlich in den ersten Jahren veröffentlicht wurden, während anschließend in einer Reihe weiterer Länder parallele Studien angefertigt wurden. Für diese These spricht, dass, chronologisch geordnet, sechs der ersten acht Publikationen aus den USA stammen, während die anschließenden Studien allesamt nicht in Nordamerika entstanden sind.

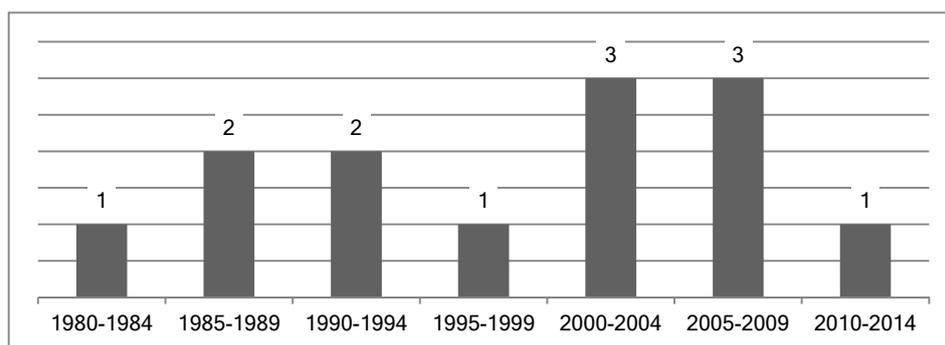


Abb. 2: Erscheinungsjahr (n=13)

Land

Wie bereits angesprochen, ist bei der Darstellung des Merkmales Land zu erkennen, dass insbesondere in den USA viele Studien zu Bürokratiekosten der Bankenregulierung entstanden sind. In dieser Arbeit wurden sechs Studien ausfindig gemacht. Das Entstehen vermehrt internationaler Publikationen ab 2000 lassen auf die globale Ausweitung der Bürokratiekostenforschung zum Thema Bankenregulierung schließen. Es liegt jeweils eine Studie aus Australien, Deutschland, Indien, Italien, den Niederlanden, Großbritannien sowie aus der Europäischen Union vor.

TOPADHYAY/DAS-GUPTA (2002); EVANS (2003); LANG (2008); EICHFELDER (2009); SUSILA/POPE (2012); EICHFELDER / VAILLANCOURT (2014).

Studientyp

Bei der Mehrzahl der identifizierten Studien (n=7) handelt es sich um Zeitschriftenaufsätze oder Veröffentlichungen in anerkannten Arbeitspapierreihen. Dazu sind drei Quellen von Unternehmen durchgeführte Studien, bei zwei Quellen handelt es sich um Monographien oder Beiträge in Sammelbänden und eine Studie ist von einem Unternehmensverband beauftragt und von einem Forschungsinstitut angefertigt worden. In der Gesamtschau überwiegen die Zeitschriftenaufsätze, allerdings sollte angesichts der kleinen Studienzahl der Aspekt nicht überbewertet werden.

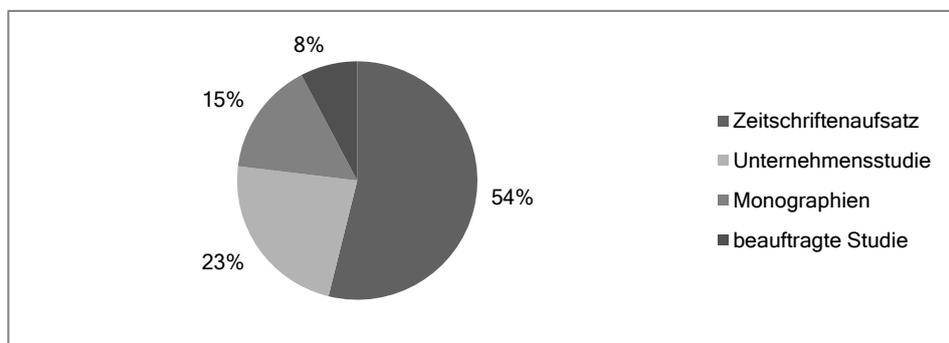


Abb. 3: Studientyp (n=13)

Erhebungsmodalität

Mit Bezug auf die vorgestellten Methoden der Bürokratiekostenmessung nach ELLIEHAUSEN (1998) wählen elf Studien Umfragen als geeignete Erhebungsmodalität. Eine Studie beinhaltet Umfragen und Fallstudien. Eine Studie nutzt Fallstudien und Analogien. Die Nutzung bekannter Daten zur Identifizierung von Kostenunterschieden wurde nicht angewandt. Dies ist auf die Eigenschaft von Compliance-Kosten als „versteckte“ Kosten zurückzuführen, da sie nicht ohne Weiteres aus unternehmerischen oder staatlichen Informationen abzuleiten sind. Die Tendenz in der Methodenwahl ist ebenfalls in der Literatur der steuerlichen Bürokratiekosten wiederzufinden. Als Ergebnis ist daher abzuleiten, dass für die geplante Bürokratiekostenmessung der deutschen Kreditgenossenschaften, die Prüfung der Eignung von Umfragen als Erhebungsmodalität eine hohe Priorität besitzen sollte.

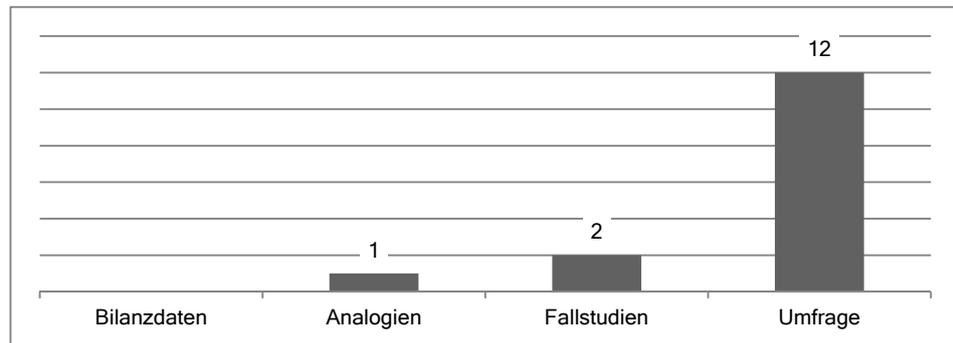


Abb. 4: Erhebungsmodalität (n=15), zwei Doppelnennungen

Zusammenfassend ergibt die Analyse der strukturellen Merkmale, dass die bisherige Forschungsliteratur zu Bürokratiekosten der Bankenregulierung zeitlich in den USA begann, bevor in weiteren Regionen Studien entstanden. Dabei wurde vermehrt in Fachzeitschriften veröffentlicht. Aufgrund der geringen Studienzahl sind die Ergebnisse jedoch etwas eingeschränkt aussagekräftig. Die Analyse des inhaltlichen Merkmals ergibt, dass in der Bürokratiekostenforschung vor allem Umfragen als geeignete Methode der Datengewinnung genutzt werden.

Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse der identifizierten Studien gesondert hervorgehoben, sodass der Literaturüberblick um einen inhaltlich-qualitativen Schritt erweitert wird.

Name	Erhebungsmodalität	Regulierungsbereiche, in denen Bürokratiekosten anfallen	Land	Fälle (Response rate)	Ergebnisse
MURPHY (1980)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	USA	37	Größere Bankinstitute haben höhere Compliance-Kosten. Allerdings existieren economies of scale, sodass die Regressivitätshypothese unterstützt wird
SCHROEDER (1985)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	USA	67	Der Quotient von einmaligen zu laufenden Kosten steigt tendenziell mit der Institutgröße an. Zudem ist die Regressivitätshypothese zu bestätigen
ELLIEHAUSEN/KURTZ (1988)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	USA	85	Es existieren economies of scale. Der prozentuale Anteil der Compliance-Kosten in Abhängigkeit zum Kunden-Kreditvolumen sinkt mit der Größe der Bank. Der Wettbewerbsnachteil für kleine Banken sei aber nicht so stark, dass ein Konsolidierungsprozess eingeleitet werden würde
BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993)	Umfrage	14 bankenspezifische Regularien (Konsumentenschutz)	USA	445	Die Compliance-Kosten betragen durchschnittlich zwischen 18 und 19 Prozent des Bilanzgewinns der befragten Bankinstitute. Die Regressivitätshypothese wird bestätigt
ALLERS (1994)	Umfrage	Sozialabgaben, Subventionen und Steuern vieler Branchen (auch Banken)	NL	1053 (0,2)	Compliance-Kosten umfassen durchschnittlich etwa 10 Prozent der Verwaltungskosten der Unternehmen. Dies variiert von 21 Prozent für kleine Firmen und 2 Prozent für große Firmen. Die Regressivitätshypothese wird also bestätigt
FRANKS ET AL. (1998)	Umfrage	791 spezifische Regularien der Finanzbranche	UK	21	Compliance-Kosten umfassen 0,52 Prozent der Betriebskosten im Wertpapierhandel und 0,17 Prozent der Betriebskosten im Investment Management
ELLIEHAUSEN/LOWREY (2000) bzw. ELLIEHAUSEN/LOWREY (1997)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	USA	887 (0,42)	Die Compliance-Kosten betragen durchschnittlich 29.390 US-Dollar pro Bank
GRANT THORNTON (2002)	Umfrage / Fallstudien	bankenspezifische Regularien	USA	276 (0,28)	Große „community bank“ Institute besitzen durchschnittlich höhere absolute Compliance-Kosten, insbesondere im Personalbereich, als kleinere Institute
MAUK (2004)	Umfrage	38 spezifische Regularien der Finanzbranche	IND	22	Compliance-Kosten haben eine Höhe von 5,35 Prozent der Betriebskosten
DELOITTE & TOUCHE LLP (2006)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	EU	68	Es entstehen hohe Kosten durch Archivierungs- und Protokollierungspflichten. Die befragten Bankinstitute sehen keine Kostensenkungspotenziale
IW CONSULT GMBH (2006)	Umfrage	20 bankenspezifische Regularien	DE	37	Die Compliance-Kosten betragen 3,1 Mrd. Euro für die gesamte deutsche Kreditwirtschaft. Das entspricht durchschnittlich 4,1 Prozent der Verwaltungskosten der befragten Institute
SATHYE (2008)	Fallstudien / Analogien	bankenspezifische Regularien (Geldwäsche, Anti-Terrorismusfinanzierung)	AUS	/	Die Compliance-Kosten betragen 1,02 Mrd. australische Dollar für die gesamte Kreditwirtschaft
COSMA ET AL. (2013)	Umfrage	bankenspezifische Regularien	ITA	29	Die einmaligen Compliance-Kosten betragen 0,56 Prozent und die laufenden Compliance-Kosten 0,27 Prozent der Betriebskosten der befragten Bankinstitute. Economies of scale werden vermutet

Tab. 2: Literaturübersicht

Quelle: Eigene Darstellung

4.3 Inhaltliche Literaturanalyse

Auf die Analyse der strukturellen und inhaltlichen Merkmale folgt nun eine Betrachtung wesentlicher Ergebnisse, die nachstehend aufgeführt werden.

Bedeutsamkeit

Die Studienergebnisse zeigen, dass Bürokratiekosten bedeutsam sind. Auch wenn die Resultate der identifizierten Studien, aufgrund des betrachteten Zeitrahmens, des untersuchten geographischen Raumes und der unterschiedlichen bankenspezifischen Regulierungen, keine Vergleichbarkeit zulassen, so ist dennoch davon zu sprechen, dass Bürokratiekosten für die adressierten Kreditinstitute und Unternehmen der Finanzbranche relevant sind. Sie betragen in Vergleich zu den Betriebskosten⁹³ bei FRANKS ET AL. (1998) 0,17 bzw. 0,52 Prozent, bei COSMA ET AL. (2013) 0,83 Prozent und bei MALIK (2004) 5,35 Prozent.⁹⁴ In Vergleich zu den Verwaltungskosten⁹⁵ liegt der Anteil bei ALLERS (1994) bei durchschnittlich etwa 10 Prozent und bei IW CONSULT GMBH (2006) bei durchschnittlich 4,1 Prozent.⁹⁶ Da die Mehrzahl der Studien vor der Finanzkrise entstanden ist, kann vermutet werden, dass die Kosten, trotz staatlicher Bemühungen der Kostensenkung, eher zugenommen haben.

Regressivitätshypothese

Grundsätzlich findet sich in der Literatur zu Bürokratiekosten ein Konsens über den regressiven Kostenverlauf, also dass kleinere und mittlere Unternehmen überproportional stark belastet werden.⁹⁷ Dies wird für den Bereich der bankenspezifischen Bürokratiekosten durch die hier untersuchten Studien bestätigt, insbesondere durch MURPHY (1980), SCHROEDER (1985), ELLIEHAUSEN / KURTZ (1988), BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993), ALLERS (1994) und COSMA ET AL. (2013) auf

⁹³ Betriebskosten: Kosten, die im Betriebsbereich des Bankbetriebs anfallen (Personalkosten, Sackkosten etc.), vgl. GRAMLICH ET AL. (2012), S. 215.

⁹⁴ Vgl. FRANKS ET AL. (1998), S. 1547ff.; MALIK (2004), S. 3083ff.; COSMA ET AL. (2013), S. 229.

⁹⁵ Verwaltungskosten, auch Verwaltungsaufwand: Aufwendungen die im Zusammenhang mit Verwaltungsangelegenheiten anfallen, insbesondere Personalaufwand (Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung) und andere Verwaltungsaufwendungen, vgl. GRAMLICH ET AL. (2012), S. 214 u. 1463.

⁹⁶ Vgl. ALLERS (1994); IW CONSULT GMBH (2006).

⁹⁷ Vgl. SANDFORD (1995), S. 4f.; TRAN-NAM ET AL. (2000), S. 230; KITCHING (2007), S. 156; CHITTENDEN ET AL. (2009), S. 54; NIJSEN ET AL. (2009), S. xii ff.; EICHFELDER / VAILLANCOURT (2014), S. 14.

Grundlage der jeweils vorliegenden Daten. Der Metastudie von EVANS (2003) folgend, gilt dies ebenso für steuerliche Bürokratiekosten.⁹⁸ Die abnehmende relative Belastung durch die Erfüllung von Handlungspflichten gilt somit nicht nur aggregiert über alle Wirtschaftszweige in einer Volkswirtschaft, sondern insbesondere auch für die Kreditwirtschaft. Als Ursachen sind hier vor allem zwei Punkte zu nennen. Zum einen die Größenvorteile bei der Nutzung von Informationstechnologie und die aufgrund dessen effizientere Erfüllung der bürokratischen Pflichten. Zum anderen beansprucht die Compliance-Funktion in kleineren Banken vergleichsweise viele Ressourcen des höheren Managements. Größere Banken können durch die Nutzung von Compliance-Teams die Personalkosten im Vergleich zum bürokratischen Erfüllungsaufwand senken. Mit Hilfe der, auf dieses Arbeitspapier folgenden Untersuchung wird festzustellen sein, ob die Regressivitätshypothese auch für den genossenschaftlichen FinanzVerbund besteht.

Auswirkungen auf Unternehmensentscheidungen

Bürokratiekosten haben zudem auch Auswirkungen auf die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen der Bankinstitute. BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993) ermitteln, dass eine Vielzahl der befragten kleineren Institute weniger unterschiedliche Bankprodukte anbieten, und zwar mehrheitlich genau die Produkte, welche mit vergleichsweise hohen Bürokratiekosten einhergehen.⁹⁹ Der Zusammenhang kann jedoch auch auf die Institutsgröße zurückzuführen sein, da kleinere Banken aus anderen Gründen, wie bspw. geringe Nachfrage, eher wenige komplexe Finanzprodukte anbieten und eben diese Produkte einen hohen bürokratischen Aufwand verursachen. Mögliche Einschränkungen des Produktportfolios sind nicht die einzigen möglichen Auswirkungen von ungleich verteilten Bürokratiekostenbelastungen. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob Bürokratiekosten ein Motiv für Fusionen im Genossenschaftssector darstellen. Die Empirie wird hier feststellen müssen, ob ein regressiver Kostenverlauf auch für die genossenschaftlichen Primärbanken vorliegt und ob dieser in der Höhe entscheidungsrelevant für die komplexe Wahl bei Bankenkooperationen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die untersuchte Literatur darauf schließen lässt, dass Bürokratiekosten der Bankenregulierung in ihrer Höhe bedeutsam sind, der Kostenverlauf auch bei Finanzinstituten

⁹⁸ EVANS (2003), S. 66.

⁹⁹ Vgl. BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993), S. 16.

regressiv verläuft und Unternehmensentscheidungen beeinflusst werden. Daraus leitet sich die Fragestellung ab, ob diese Aussagen auch auf die genossenschaftlichen Primärbanken zutreffen. Daher ist die Studie der IW CONSULT GMBH (2006) zu „Bürokratiekosten in der Kreditwirtschaft“ von besonderem Interesse, denn sie nimmt bereits eine Schätzung für Deutschland vor. Deshalb sollen im Folgenden die angewandte Methodik und die wesentlichen Ergebnisse dargestellt werden.

4.4 Studie der IW CONSULT GMBH (2006)

Die Studie der IW CONSULT GMBH (2006) ist die einzige der identifizierten Publikationen, die sich mit der deutschen Kreditwirtschaft auseinandersetzt.¹⁰⁰ Es handelt sich bei dem Institut der deutschen Wirtschaft um eine arbeitgebernahe Institution, was bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten ist.

Das Ergebnis vorwegnehmend, ermittelt die Studie jährliche branchenspezifische Bürokratiekosten in Höhe von 3,1 Mrd. EUR für die deutsche Kreditwirtschaft, und zwar zusätzlich zu den allgemeinen Bürokratiekosten, die alle Unternehmen in Deutschland zu tragen haben (z.B. die Berechnung und Abführung der Lohnsteuer und von Sozialversicherungsbeiträgen). Das entspricht 4,1 Prozent des jährlichen Verwaltungsaufwandes der Institute für das Jahr 2005 oder 4.700 EUR pro Mitarbeiter pro Jahr.

Bevor auf die angewandte Methodik eingegangen wird, muss Klarheit darüber bestehen, welchen Bürokratiekostenbegriff die Studie zugrunde legt. Deshalb ist der genutzte Kostenbegriff in das hier vorgestellte Schema einzuordnen. Die Studie berechnet, der obigen Kategorisierung folgend, informationelle Compliance-Kosten, bezogen auf den Bankensektor. Dabei betrachtet sie insbesondere Informationspflichten bei (1) der Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche, (2) der Abführung von Zinsabschlag oder Kapitalertragssteuer, (3) dem Ausstellen von Steuerbescheinigungen, (4) der Meldung zu statistischen Zwecken, (5) der Verpflichtung, sowohl Kundendaten als auch Zahlungsverkehr hinsichtlich der Namen sanktionierter Personen und Organisationen zu prüfen, (6) der Meldung von Zinserträgen von nicht im Inland ansässigen EU-Bürgern und (7) der Verpflichtung zu Auskunftersuchen.

¹⁰⁰ Vgl. hier und im Folgenden: IW CONSULT GMBH (2006).

Methodisch basiert die Auswahl der genannten sieben Informationspflichten und dreizehn weiteren, weniger relevanten Pflichten auf der Befragung von Experten, die eine Auswahl getroffen haben.

Im zweiten Arbeitsschritt wurde zu Datengewinnung eine Umfrage als geeignete Erhebungsmodalität ausgewählt. Es erfolgte eine Befragung von 33 Kreditinstituten, davon 19 Kreditgenossenschaften und Sparkassen.¹⁰¹ Dabei fragte die Studie der IW CONSULT GMBH (2006) nach dem erforderlichen Zeitaufwand, welchen die Bankmitarbeiter für die einzelnen Aktivitäten zur Erfüllung einer Informationspflicht benötigen sowie zusätzliche IT-Kosten.

Im dritten Arbeitsschritt berechnet die Studie daraus die Bürokratiekosten. Die ermittelte Zeit wurde mit einem durchschnittlichen Personalkostensatz multipliziert, um somit die Kosten für die Normerfüllung zu erhalten. Da die Studie Bürokratiekosten ausschließlich als Teilmenge der Verwaltungskosten definiert, wurde das Ergebnis der Berechnung als Prozentsatz der Verwaltungskosten für die jeweiligen Institute und Bankkategorien ausgedrückt. Multipliziert mit den von der Deutschen Bundesbank im Bericht zur Ertragslage der deutschen Kreditinstitute veröffentlichten Verwaltungskosten, ergeben sich schließlich die Bürokratiekosten für die gesamte deutsche Kreditwirtschaft.

Damit folgt die Studie im Grundsatz dem Berechnungsvorgang des Standardkostenmodells.¹⁰²

Für die Gestaltung einer eigenen Bürokratiekostenmessung für Genossenschaftsbanken lassen sich Anhaltspunkte aus der Studie der IW CONSULT GMBH (2006) ableiten. Erstens, die Studie befragt insgesamt nur 33 Kreditinstitute, macht keine ausreichenden Angaben zur response rate und zur Repräsentativität der Stichprobe. Hier ist wissenschaftlich sorgfältiger vorzugehen. Zweitens erscheinen die gewählten Arbeitsschritte als eine geeignete Vorgehensweise. Demnach können mit Hilfe einer Expertenbefragung einige wenige, besonders aussagekräftige Informationspflichten ausgewählt werden, die als Proxy für die gesamten Bürokratiekosten eines Institutes stehen. Darauf aufbauend, kann einerseits nach den Einflussfaktoren bzw. Kostendeterminanten gefragt werden. Andererseits kann mit Hilfe des SKM oder anderen Berechnungsmodellen, wie dem Regulierungskosten-Modell der BERTELS-

¹⁰¹ Wie viele Kreditgenossenschaften und wie viele Sparkassen befragt wurden, ist der Studie nicht zu entnehmen.

¹⁰² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2006).

MANN STIFTUNG (2009) oder dem schwedischen „Total Cost of Regulations to Businesses“-Modell, eine aggregierte Schätzung über den gesamten genossenschaftlichen Finanzverbund vorgenommen werden.¹⁰³

Zusammenfassend kann die Studie der IW CONSULT GMBH (2006), trotz einiger Mängel, im Rahmen der weiteren Betrachtung von Genossenschaftsbanken als inhaltlicher und methodischer Anhaltspunkt dienen.

5 Fazit

Das vorliegende Arbeitspapier stellt die Beziehung von Bankenregulierung und Bürokratiekosten in den Vordergrund und erläutert den grundsätzlichen Problemzusammenhang. Mit Hilfe des Literaturüberblicks ist zu erkennen, dass Bürokratiekosten hochgradig relevant für Bankinstitute sind. Zudem ist der Kostenverlauf regressiv und führt damit zu einer überproportional hohen Belastung für kleinere Institute. Die Eigenschaft der Bürokratiekosten als „versteckte Kosten“ führt dazu, dass eine eigenständige Messung für die Bürokratiekosten der Bankenregulierung für die genossenschaftlichen Primärbanken benötigt wird. Der vorliegende Literaturüberblick zeigt, dass insbesondere Umfragen als geeignete Erhebungsmethodik erscheinen, die zudem mit Experteninterviews und Fallstudien ergänzt werden können.

Der nächste Arbeitsschritt beinhaltet nun die Auswahl der Informationspflichten, die bei Genossenschaftsbanken Bürokratiekosten verursachen.¹⁰⁴ Hierbei kann auf die Datenbank des nationalen Normenkontrollrates, die Informationen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Expertenmeinungen zurückgegriffen werden.

Der darauffolgende Schritt enthält dann die Entwicklung eines geeigneten Berechnungsmodells, welches auf Grundlage von Umfragen zu einem validen Ergebnis gelangt. Hier gibt es nicht nur das erwähnte Standardkosten-Modell, sondern etwaige Abwandlungen und Weiterentwicklungen, wie das erwähnte Regulierungskosten-Modell der BERTELSMANN STIFTUNG (2009) oder das „schwedische“ Modell.¹⁰⁵ Auf dieser Grundla-

¹⁰³ Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009); BOARD OF SWEDISH INDUSTRY AND COMMERCE FOR BETTER REGULATION (2010).

¹⁰⁴ Beispielsweise im Bereich der Mitarbeiteranzeigeverordnung oder der Beratungsprotokolle.

¹⁰⁵ Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (2009); BOARD OF SWEDISH INDUSTRY AND COMMERCE FOR BETTER REGULATION (2010).

ge kann die herausfordernde Aufgabe angegangen werden, die relevanten Informationspflichten zu identifizieren und zu messen.

Literaturverzeichnis

- 4P CONSULTING GMBH (2013): Regionalbanken in Deutschland 2014 - Unsichere Perspektiven für viele Geschäftsmodelle und das "klassische" Filialgeschäft, Stuttgart.
- ALLERS, M. (1994): Administrative and Compliance Costs of Taxation and Public Transfers in the Netherlands, Groningen.
- BAREFOOT, MARRINAN & ASSOCIATES (1993): Common Ground - Increasing Consumer Benefits and Reducing Regulatory Costs in Banking, Madison, Wisconsin.
- BERTELSMANN STIFTUNG (2009): Handbuch zur Messung von Regulierungskosten - Version 1.0, Gütersloh.
- BHATTACHARYA, S. / BOOT, A. / THAKOR, A. V. (1998): The Economics of Bank Regulation, in: Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 30, Nr. 4, S. 745-770.
- BOARD OF SWEDISH INDUSTRY AND COMMERCE FOR BETTER REGULATION (2010): The Total Cost of Regulations to Businesses in Sweden, Stockholm.
- BOOG, J. J. / VAN DER BURG, B. I. / REGTER, G. (1994): Administratieve lasten bedrijven 1993, Zoetermeer.
- BRYANT, J. (1980): A model of reserves, bank runs, and deposit insurance, in: Journal of Banking & Finance, Vol. 4, Nr. 4, S. 335-344.
- CHARITÉ, D. / KIRKEGAARD, P. B. / SVENSSON, G. / GREVE, J. (2010): Das Standard-Kostenmodell - Konzept zur Definition und Quantifizierung des Verwaltungsaufwandes für Unternehmen durch staatliche Regulierung, in: Röttgen, N. (Hrsg.): Bürokratiekostenabbau in Deutschland - Entstehung, Praxis und Perspektiven, Baden-Baden, S. 85-135.
- CHITTENDEN, F. / IANCICH, S. / SLOAN, B. (2009): Techniques Available for Estimating the Impact of Regulation, in: Nijsen, A. (Hrsg.): Business regulation and public policy - The costs and benefits of compliance, New York, S. 43-59.
- COSMA, S. / SALVADORI, G. / SCHWIZER, P. (2013): Too Small to Be Compliant? - Size and Scale Economies in the Compliance Cost Structure of Italian Banks, in: Carretta, A. / Mattarocci, G. (Hrsg.): Financial Systems in Troubled Waters - Information, Strategies, and Governance to Enhance Performances in Risky Times, Hoboken, S. 219-240.
- DAMRAU, J. (2003): Selbstregulierung im Kapitalmarktrecht - Eine rechtsökonomische Analyse der Normsetzung der deutschen Börsen und ihrer Träger, in: Juristische Reihe Tenea, Vol. 26, Berlin.
- DELOITTE & TOUCHE LLP (2006): The cost of regulation study - Commissioned by the Financial Services Authority and the Financial Services Practitioner Panel, London.
- DEUSCHINGER, L. H. (2011): Konzeption eines Ansatzes zur Berechnung der Bürokratiekosten von Unternehmen in Deutschland, München.
- DIAMOND, D. W. (1984): Financial Intermediation and Delegated Monitoring, in: The Review of Economic Studies, Vol. 51, Nr. 3, S. 393-414.
- DIAMOND, D. W. / DYBVIK, P. H. (1983): Bank Runs, Deposit Insurance, and Liquidity, in: Journal of Political Economy, Vol. 91, Nr. 3, S. 401-419.
- DZ BANK AG (2014): Kostentreiber Bankenunion, Frankfurt am Main.

- EICHFELDER, S. (2009): Bürokratiekosten der Besteuerung: Eine Auswertung der empirischen Literatur, in: Arqus-Diskussionsbeiträge zur quantitativen Steuerlehre, Nr. 84.
- EICHFELDER, S. / VAILLANCOURT, F. (2014): Tax compliance costs: A review of cost burdens and cost structures, in: Arqus-Diskussionsbeiträge zur quantitativen Steuerlehre, Nr. 178.
- ELLIEHAUSEN, G. (1998): The Cost of Bank Regulation - A Review of the Evidence, in: Federal Reserve Banks Staff Studies of the Board of Governors of the Federal Reserve System, Nr. 171.
- ELLIEHAUSEN, G. / KURTZ, R. D. (1988): Scale Economies in Compliance Costs for Federal Consumer Credit Regulations, in: Journal of Financial Services Research, Vol. 1, S. 147-159.
- ELLIEHAUSEN, G. / LOWREY, B. R. (1997): The Cost of Implementing Consumer Financial Regulations - An Analysis of Experience with the Truth in Savings Act, in: Federal Reserve Banks Staff Studies of the Board of Governors of the Federal Reserve System, Nr. 170.
- ELLIEHAUSEN, G. / LOWREY, B. R. (2000): The Cost of Implementing Regulatory Changes: The Truth in Savings Act, in: Journal of Financial Services Research, Vol. 17, Nr. 2, S. 165-179.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2014): Economic Review of the Financial Regulation Agenda, in: Commission Staff Working Document, Nr. 158, Brüssel.
- EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (2014): Financial Stability Review - May 2014, Frankfurt am Main.
- EUROPE ECONOMICS (2009): Study on the Cost of Compliance with Selected FSAP Measures, London.
- EVANS, C. (2003): Studying the Studies: An overview of recent research into taxation operating costs, in: eJournal of Tax Research, Vol. 1, Nr. 1, S. 64-92.
- FEY, G. (2006): Banken zwischen Wettbewerb, Selbstkontrolle und staatlicher Regulierung - Eine ordnungsökonomische Analyse, in: Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Vol. 80, Stuttgart.
- FRANKS, J. R. / SCHAEFER, S. M. / STAUNTON, M. D. (1998): The direct and compliance costs of financial regulation, in: Journal of Banking & Finance, Nr. 21, S. 1547-1572.
- FREIXAS, X. / ROCHET, J.-C. (2008): Microeconomics of Banking, 2. Aufl., Cambridge, Mass.
- GRAMLICH, L. u.a. (Hrsg.) (2012): Gabler Bank-Lexikon - Bank - Börse - Finanzierung, 14. Aufl., Wiesbaden.
- GRANT THORNTON (2002): The High Cost of Community Bank CRA Compliance - Comparison of "large" and "small" community banks, Washington, D.C.
- GRILO, I. / IRIGOYEN, J.-M. (2006): Entrepreneurship in the EU - To Wish and not to be, in: Small Business Economics, Vol. 26, Nr. 4, S. 305-318.
- HANSON, S. G. / KASHYAP, A. K. / STEIN, J. C. (2011): A Macprudential Approach to Financial Regulation, in: The Journal of Economic Perspectives, Vol. 25, Nr. 1, S. 3-28.

- HARTMANN-WENDELS, T. (2014): Die Vergangenheit lehrt, dass jede Verschärfung der Regulierung eine Konsolidierungswelle nach sich zog, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Nr. 23, S. 1187-1192.
- HARTMANN-WENDELS, T. / PFINGSTEN, A. / WEBER, M. (2014): Bankbetriebslehre, 6. Aufl., Berlin, Heidelberg.
- IW CONSULT GMBH (2006): Bürokratiekosten in der Kreditwirtschaft - Gutachten für den Zentralen Kreditausschuss, Köln.
- KITCHING, J. (2007): Is Less More? Better Regulation and the Small Enterprise, in: Weatherill, S. (Hrsg.): Better Regulation, Oxford, S. 155-173.
- KLEIN, F. (2015): Identifikation potenzieller Nachhaltigkeitsindikatoren von Genossenschaftsbanken - Eine Literaturstudie, in: Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Nr. 148.
- LEVINE, R. (1997): Financial Development and Economic Growth - Views and Agenda, in: Journal of Economic Literature, Vol. 35, Nr. 2, S. 688-726.
- MALIK, P. (2004): Compliance Costs of Financial Regulation: Indian Mutual Funds Industry, in: Economic and Political Weekly, Vol. 39, Nr. 28, S. 3083-3085.
- MISHKIN, F. S. (2001): Prudential Supervision - Why is it important and what are the issues?, in: Mishkin, F. S. (Hrsg.): Prudential supervision - What works and what doesn't, Chicago, S. 1-30.
- MITNICK, B. M. (1980): The political economy of regulation - Creating, designing, and removing regulatory forms, New York.
- MOHR, B. (2011): Institutionelle Vorkehrungen im Bereich der Bankenregulierung zur Gewährleistung von Finanzstabilität, Berlin.
- MORRISON, A. D. / WHITE, L. (2009): Level Playing Fields in International Financial Regulation, in: The Journal of Finance, Vol. 64, Nr. 3, S. 1099-1142.
- MURPHY, N. B. (1980): Economies of Scale in the Cost of Compliance With Consumer Credit Protection Laws - The Case of the Implementation of the Equal Credit Opportunity Act of 1974, in: Journal of Bank Research, Vol. 10, S. 248-250.
- NATIONALER NORMENKONTROLLRAT (2015a): Aufgaben des NKR, URL: http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/DE/BessereRechtsetzung_Buerokratieabbau/Aufgaben_des_NKR/Weitere_Vorhaben_beserer_Rechts/_node.html, Stand: 17. Februar 2015.
- NATIONALER NORMENKONTROLLRAT (2015b): Gesamtkonzept, URL: http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/DE/Ueber_uns/Gesamtkonzept/_node.html, Stand: 17. Februar 2015.
- NIJSEN, A. (2009a): Historical Review: 1750-2000, in: Nijsen, A. (Hrsg.): Business regulation and public policy - The costs and benefits of compliance, New York, S. 1-10.
- NIJSEN, A. (2009b): Origin and Functionalities of Regulation, in: Nijsen, A. (Hrsg.): Business regulation and public policy - The costs and benefits of compliance, New York, S. 27-41.
- NIJSEN, A. / Hudson, J. van Paridon, K. / MÜLLER, C. / THURIK, R. (2009): Introduction - The World of Regulation and Compliance, in: Nijsen, A. (Hrsg.): Business regulation and public policy - The costs and benefits of compliance, New York, S. vii-xxv.

- NIJSEN, A. / VELLINGA, N. (2002): MISTRAL - A model to measure the administrative burden of businesses, Zoetermeer.
- NKRG: Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates.
- POLLMANN, J. (2013): Eigenkapitalmanagement von Genossenschaftsbanken - Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von Basel III, in: Münstersche Schriften zur Kooperation, Vol. 107, Aachen.
- POPE, J. (1989): The compliance costs of personal income taxation - a review of the lessons, in: Discussion Papers of the Department of Economics at the University of Western Australia, Vol. 89.03, Nedlands, W. A.
- RAMAKRISHNAN, R. T. S. / THAKOR, A. V. (1984): Information Reliability and a Theory of Financial Intermediation, in: The Review of Economic Studies, Vol. 51, Nr. 3, S. 415-432.
- RENDA, A. / SCHREFLER, L. / LUCHETTA, G. / ZAVATTA, R. (2013): Assessing the Costs and Benefits of Regulation - Study for the European Commission, Secretariat General, Brüssel.
- RÖSENER, A. / PRECHT, C. / DAMKOWSKI, W. (2007): Bürokratiekosten messen - aber wie? - Methoden, Intentionen und Optionen, in: Modernisierung des öffentlichen Sektors, Vol. 28, Berlin.
- RUPPRECHT, M. (2010): Bankenregulierung und Auslandsbanken - Theorie und empirische Evidenz, in: Financial Economics & Economic Policy, Vol. 1, Frankfurt am Main.
- SANDER, K. (2010): Regulierungskosten der deutschen Kreditinstitute - Entwicklung von Ansatzpunkten zur Erfassung der regulierungsbedingten Kosten unter Einbezug des Standardkosten-Modells, in: Schriftenreihe innovative betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, Vol. 249, Hamburg.
- SANDFORD, C. (1995): The Rise and Rise of Tax Compliance Costs, in: Sandford, C. (Hrsg.): Tax compliance costs measurement and policy, Bath, S. 1-11.
- SATHYE, M. (2008): Estimating the cost of compliance of AMLCTF for financial institutions in Australia, in: Journal of Financial Crime, Vol. 15, Nr. 4, S. 347-363.
- SCHROEDER, F. J. (1985): Compliance Costs and Consumer Benefits of the Electronic Fund Transfer Act - Recent Survey Evidence, in: Federal Reserve Banks Staff Studies of the Board of Governors of the Federal Reserve System, Nr. 143.
- SCHWEITZER, M. / KÜPPER, H.-U. (2008): Systeme der Kosten- und Erlösrechnung, 9. Aufl., München.
- SCM NETWORK (2005): International Standard Cost Model Manual.
- SMITH, A. (2007): An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations, MetaLibri Digital Library, URL: http://www.ibiblio.org/ml/libri/s/SmithA_WealthNations_p.pdf, Stand: 5. März 2015.
- SMULDERS, S. / STIGLINGH, M. / FRANZSEN, R. / LIZELLE, F. (2012): Tax compliance costs for the small business sector in South Africa - establishing a baseline, in: eJournal of Tax Research, Vol. 10, Nr. 2, S. 184-226.

- STATISTISCHES BUNDESAMT (2006): Programm Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung - Einführung des Standardkosten-Modells Methodenhandbuch der Bundesregierung, Wiesbaden.
- STIGLITZ, J. E. (2001): Principles of Financial Regulation - A Dynamic Portfolio Approach, in: The World Bank Research Observer, Vol. 16, Nr. 1, S. 1-18.
- TAAPE, J. (2013): Determinanten für die Entscheidung zwischen partiellen und totalen Unternehmenskooperationen - Eine Literaturstudie, in: Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Nr. 133.
- THEURL, T. (2001): Ökonomische Theorie der Bankenregulierung, in: Theurl, T. (Hrsg.): Regulierung und Management von Risiken - Unentdeckte Chancen für den Mittelstand, Aachen, S. 9-26.
- THEURL, T. (2003): Internationale Finanzmarktregulierung: Begründung und Institutionalisierung, in: Apolte, T. / Eger, T. (Hrsg.): Institutionen und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin, S. 219-238.
- TRAN-NAM, B. / Chris E. / WALPOLE, M. / RITCHIE, K. (2000): Tax Compliance Costs: Research Methodology and Empirical Evidence from Australia, in: National Tax Journal, Vol. 53, Nr. 2, S. 229-252.
- TSCHÖPEL, M. (2013): Die MemberValue-Strategie von Genossenschaftsbanken - Die Operationalisierung des MemberValue und Implikationen für das Management von genossenschaftlichen Primärbanken, Vol. 104, Aachen.
- VAILLANCOURT, F. / CLEMENS, J. (2008): Compliance and Administrative Costs of Taxation in Canada, in: Clemens, J. (Hrsg.): The Impact and Cost of Taxation in Canada - The Case for Flat Tax Reform, Vancouver, S. 55-103.

**Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster**

-
- | | |
|---|--|
| <p>Nr. 117
<i>Stefan Evers / Stefanie Lipsky</i>
Die Marktstruktur für Suchmaschinen und ihr Einfluss auf die Informationsversorgung - eine Literaturstudie zur empirischen Evidenz
August 2011</p> <p>Nr. 118
<i>Johannes Spandau</i>
Interne Prozessoptimierung und Auslagerung in der genossenschaftlichen FinanzGruppe - Erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung
September 2011</p> <p>Nr. 119
<i>Stefanie Lipsky</i>
Cloud Computing - Eine Abgrenzung zum IT-Outsourcing und Systematisierung möglicher Sourcingoptionen
Dezember 2011</p> <p>Nr. 120
<i>Martin Effelsberg</i>
Innovations- und Kooperationsaktivitäten in der deutschen Biotechnologie - Ergebnisse einer empirischen Studie
Januar 2012</p> <p>Nr. 121
<i>Stefanie Lipsky</i>
Genossenschaftliche Cloud-Intermediäre für kleine und mittelständische Unternehmen - Eine transaktionskostentheoretische Analyse
Januar 2012</p> <p>Nr. 122
<i>Philipp Woltering-Lamers</i>
Die sequenzielle Organisationswahl - Kooperationen als Vorstufe von Akquisitionen
Januar 2012</p> <p>Nr. 123
<i>Kersten Lange</i>
Leitfaden für den Aufbau und das Management stabiler Unternehmenskooperationen - Handlungsempfehlungen am Beispiel der deutschen Automobilindustrie
Februar 2012</p> <p>Nr. 124
<i>Dominik Schätzle</i>
Die Auswirkungen der neuen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III
- Eine Analyse empirischer Studien
April 2012</p> <p>Nr. 125
<i>Werner Böhnke</i>
Im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne - Kontinuität und Innovationsvermögen als Erfolgsstrategie für die Zukunft
April 2012</p> | <p>Nr. 126
<i>Jan Pollmann / Dominik Schätzle</i>
Die Auswirkungen der strengeren Eigenkapitalanforderungen gemäß Basel III auf die Genossenschaftsbanken- Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung
April 2012</p> <p>Nr. 127
<i>Michael Tschöpel</i>
Die Wirkungskanäle der genossenschaftlichen Eigentümermerkmale - Implikationen für das mitgliederorientierte Management in Genossenschaftsbanken
August 2012</p> <p>Nr. 128
<i>Caroline Schmitter</i>
Die Bedeutung des Internets zur Mitgliederkommunikation bei Wohnungsgenossenschaften - Auswertung einer Mitgliederbefragung
September 2012</p> <p>Nr. 129
<i>Theresia Theurl / Jochen Wicher / Christina Cappenberg</i>
Eigenschaften und Einstellungen von Bewohnern von Wohnungsgenossenschaften
März 2013</p> <p>Nr. 130
<i>Martin Effelsberg</i>
Management von Innovationskooperationen - Empirische Ergebnisse am Beispiel der deutschen Biotechnologie-Branche
April 2013</p> <p>Nr. 131
<i>Isabel Gull</i>
Die Governance von Innovationsclustern - Eine Analyse der Meta- und der Mesoebene
April 2013</p> <p>Nr. 132
<i>Dominik Schätzle</i>
Eine empirische Analyse der Ertragsauswirkungen der neuen Eigenkapitalvorschriften gem. Basel III auf die Genossenschaftsbanken
April 2013</p> <p>Nr. 133
<i>Julian Taape</i>
Determinanten für die Entscheidung zwischen partiellen und totalen Unternehmenskooperationen - Eine Literaturstudie
April 2013</p> <p>Nr. 134
<i>Michael Tschöpel</i>
Erfolgsfaktoren der MemberValue-Strategie von Genossenschaftsbanken - Ergebnisse einer empirischen Erhebung
April 2013</p> |
|---|--|

- Nr. 135
Stephan Zumdick
Prognosen und zukünftige Trends im Markt für
Wohnimmobilien - Eine Literaturstudie
April 2013
- Nr. 136
Sebastian Tenbrock
Die Ausgestaltung des Glasfaserausbaus in
Deutschland
Ergebnisse einer empirischen Untersuchung
Juli 2013
- Nr. 137
Isabel Gull Das Management von Innovations-
clustern - Die operative Clusterführung
Juli 2013
- Nr. 138
Kai Hohnhold
Steigerung der Energieeffizienz durch Ener-
giemanagement - Ausgestaltungs- und Anwen-
dungsmöglichkeiten in der Praxis
Oktober 2013
- Nr. 139
Susanne Günther
Eine ökonomische Analyse der Systemrelevanz
von Banken
November 2013
- Nr. 140
Christina Cappenberg
Staatliche Förderung regionaler Unternehmens-
netzwerke: Legitimation nationaler Cluster
Dezember 2013
- Nr. 141
Julian Taape
Das Kooperationsverhalten von Familienunter-
nehmen – Ergebnisse einer empirischen Studie
Mai 2014
- Nr. 142
Susanne Günther
Die Vermeidung von Bank Runs und der Erhalt
von Marktdisziplin – das Dilemma der Bankenret-
tung?
Mai 2014
- Nr. 143
Dominik Schätzle
Eine empirische Analyse der Einflussfaktoren
auf die LCR von Genossenschaftsbanken
August 2014
- Nr. 144
Katrin Schlesiger
Verbundgruppen - Ihre historische Entwicklung
und aktuelle Kategorisierung
August 2014
- Nr. 145
Florian Klein
Nachhaltigkeit als Bestandteil der Unterneh-
mensstrategie von Genossenschaftsbanken -
Eine Verknüpfung mit dem Konzept des Mem-
berValues
September 2014
- Nr. 146
Silvia Poppen
Auswirkungen dezentraler Erzeugungsanlagen
auf das Stromversorgungssystem – Ausgestal-
tungsmöglichkeiten der Bereitstellung neuer Er-
zeugungsanlagen
November 2014
- Nr. 147
Isabell Gull
Das Management von Innovationsclustern - Er-
gebnisse einer empirischen Analyse
Januar 2015
- Nr. 148
Florian Klein
Identifikation potenzieller Nachhaltigkeitsindika-
toren von Genossenschaftsbanken - Eine Litera-
turstudie
Januar 2015
- Nr. 149
Susanne Noelle
Eine Identifikation möglicher Bereiche der Ko-
operation zwischen Wohnungsgenossenschaf-
ten und Genossenschaftsbanken
Januar 2015
- Nr. 150
Manuel Peter
Konvergenz europäischer Aktienmärkte – Eine
Analyse der Entwicklungen und Herausforde-
rungen für Investoren
Februar 2015
- Nr. 151
Julian Taape
Das Management der Kooperationen von Fami-
lienunternehmen – Empirische Ergebnisse zum
Einfluss der Familie auf den Kooperationspro-
zess
April 2015
- Nr. 152
Andreas Schenkel
Bankenregulierung und Bürokratiekosten – Ein
Problemaufriss
Mai 2015

Die Arbeitspapiere sind - sofern nicht vergriffen - erhältlich beim
Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster, Am Stadtgraben 9, 48143 Münster,
Tel. (02 51) 83-2 28 01, Fax (02 51) 83-2 28 04, E-Mail: info@ifg-muenster.de
oder als Download im Internet unter www.ifg-muenster.de (Rubrik Forschung)
